DIE LINKE.
RHEINLAND-PFALZ

Antragsheft I

Anträge zum Landesparteitag
am 28. November 2015 in Trier

Stand: 27.10.2015
LGS

O-Anträge

Anträge zu Formalia und Ablauf
des Parteitages

Antrag O001
Antragsteller: Katrin Werner und Alexander Ulrich
Antragsgegenstand: Vorschlag zur Tagesordnung

TOP 1	Eröffnung, Begrüßung / Grußworte, Beschluss der GO
TOP 2	Wahl des Tagungspräsidiums, Schriftführung
TOP 3	Beschluss der Tagesordnung
TOP 4	Wahl der Mandatsprüfungskommission
TOP 5	Bericht der Mandatsprüfungskommission
TOP 6	Bestätigung der Antragsberatungskommission
TOP 7	Wahl der Wahlkommission- und Zählkommission
TOP 8	Politisches Referat von Sahra Wagenknecht
TOP 9	Programm zur Landtagswahl 2016
	a) Einbringung des Programmentwurfs
	b) Beratung der Änderungsanträge
	c) Beschlussfassung des Programms
TOP 10	Wahl der Delegierten zum Bundesausschuss (inkl. Vorstellung und Befragung)
TOP 11	Nachwahl zur Landesschiedskommission (inkl. Vorstellung und Befragung)
TOP 12	Nachwahl zur Landesfinanzrevisionskommission (inkl. Vorstellung und Befragung)
TOP 13	Satzungsanträge, Sonstige Anträge und Resolutionen
TOP 14	Schlusswort

Antrag O002

Antragsteller: Ingrid Wiegel (Landesvorstandsmitglied)

Antragsgegenstand: Änderung der vorgeschlagenen Tagesordnung

Bei der vom Landesvorstand geplanten Tagesordnung des kommenden Landesparteitages im Nov. 2015 ist dem Beschluss des Frauenplenums des letzten Landesparteitages Rechnung zu tragen!
Dieser Beschluss beinhaltete, dass ein Frauenplenum nicht zu Beginn oder vor dem Landesparteitag stattfinden darf und dass den Frauen trotz Frauenplenum noch genügend Zeit für eine Mittagspause bleiben soll.
Forderung: Ein Frauenplenum auf die Tagesordnung, etwa eine Stunde nach Beginn oder bis spätestens unmittelbar vor der Mittagspause!
Da die Zeit begrenzt ist, sollten 40 Minuten der Parteitag für dieses Frauenplenum unterbrochen werden, oder alternativ einschließlich Mittagspause ca. 1Stunde, die Männer hätten dann eine längere, einstündige Mittagspause, die Frauen ca. 30 Minuten.
Begründung:
Wenn man die Beschlüsse des Frauenplenums und die Frauen mit ihren Anliegen nicht ernst nimmt, helfen die ganzen Bemühungen um Gendergerechtigkeit nichts. Frauengruppen werden weiter einzig und alleine von wechselnden machtstrategischen Überlegungen missbraucht werden, andere Bedeutungen werden in der Breite nicht wahrgenommen werden.

Antrag O003
Antragsteller: Katrin Werner und Alexander Ulrich
Antragsgegenstand: Zeitplanung

9.30 Uhr – 10.00 Uhr - Frauenplenum

10.00 Uhr – 10.10 Uhr - TOP 1 Eröffnung und Begrüßung
10.10 Uhr – 10.30 Uhr - TOP 1 Grußworte
Oberbürgermeister Stadt Trier, Kreisverband und Solid
10.30 Uhr – 11.00 Uhr - TOP 1 – 7 Konstituierung des Parteitages
11.00 Uhr – 11.30 Uhr - TOP 8 Politisches Referat von Sahra Wagenknecht
11.30 Uhr – 14.30 Uhr - TOP 9 Programm zur Landtagswahl 2016
a) Einbringung des Programmentwurfs
(15 Minuten und 3 Minuten pro Kapitel = 55 Minuten)
b) Beratung der Änderungsanträge
(115 Minuten)
c) Beschlussfassung des Programms
(10 Minuten)

14.30 Uhr – 15.00 Uhr - Pause und Kulturbeitrag

15.00 Uhr – 15.45 Uhr - TOP 10 Wahl der Delegierten zum Bundesausschuss
15.45 Uhr – 16.30 Uhr - TOP 11 Nachwahl zur Landesschiedskommission
16.30 Uhr – 17.15 Uhr - TOP 12 Nachwahl zur Landesfinanzrevisionskommission
17.15 Uhr – 18.00 Uhr - TOP 13 Satzungsanträge, Sonstige Anträge und Resolutionen
18.00 Uhr – 18.15 Uhr - TOP 14 Schlusswort

Gegen 18.15 Uhr Ende des Landesparteitages

Antrag O004
Antragsteller: Katrin Werner und Alexander Ulrich
Antragsgegenstand: Geschäftsordnung

Vorschlag für die Geschäftsordnung des Parteitages

1. Leitung – Arbeitsgremien – Aufgaben und Befugnisse
   a. Der Parteitag wählt als Arbeitsgremien im Block und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird, in offener Abstimmung:
      i. Das Tagungspräsidium
      ii. Schriftführung (ein oder mehrere Personen)
      iii. die Mandatsprüfungskommission
      iv. die Wahlkommission
      v. die Antragskommission.

      Der Landesparteitag kann zur Unterstützung der Kommission zu jeder Zeit weitere Helferinnen und Helfer bestätigen.
   b. Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Parteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.
2. Beschlussfassung allgemein
   a. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend ist. Er gilt als beschlussfähig, solange der Mangel der Beschlussfähigkeit nicht auf Antrag eines/r stimmberechtigten Teilnehmers/in durch die Tagungsleitung festgestellt worden ist.
   b. Stimm- und Rederecht haben die gewählten und angemeldeten Delegierten. Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme haben ebenfalls Rederecht.
   c. Über das Rederecht für Gäste entscheidet der Parteitag. Gästen kann dann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden. Entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.
   d. Beschlüsse des Parteitages werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimme (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern die Bundessatzung oder diese Geschäftsordnung nicht anderes vorschreiben. Stimmenthaltungen bleiben unberücksichtigt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarten.
   Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen Zähler ein, die tätig werden, wenn kein eindeutiges Ergebnis von der Tagungsleitung ermittelt werden kann.
3. Regeln in der Debatte
   a. Die Tagesleitung ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Rednerinnen und Redner zur Sache rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen.
   b. Wortmeldungen zur Aussprache sind schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen. Dafür sollen die vorgegebenen Formulare verwendet werden. Bei Wortmeldungen sind Name und delegierender Kreisverband bzw. Zusammenschluss anzugeben. Die Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom Tagungspräsidium bekannt gegeben. Das Tagungspräsidium entscheidet unter der Prämisse der Geschlechterquotierung über die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner.
   Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht möglich. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt maximal 3 Minuten.

c. Zu Redebeiträgen in der Aussprache kann die Tagungsleitung bis maximal drei Nachfragen von Delegierten und Teilnehmerinnen mit beratender Stimme zulassen. Die Nachfragen an die Rednerin/den Redner sowie die Antworten sind kurz zu formulieren (max. ja 1 Minute).
d. Delegierte können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen persönliche Erklärungen abgeben, sofern die Debatte dazu einen persönlichen Anlass ergeben hat. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute.
e. Redezeiten bei Wahlen:
Kandidatinnen und Kandidaten für den geschäftsführenden Landesvorstand haben bei Ihrer Vorstellung die Möglichkeit einmalig eine Redezeit von max. 5 Minuten zu nutzen.
Kandidatinnen und Kandidaten für den erweiterten Landesvorstand haben bei ihrer Vorstellung die Möglichkeit einmalig eine Redezeit von max. 5 Minuten zu nutzen.
Kandidatinnen und Kandidaten für die Revisions- und die Schiedskommission haben bei ihrer Vorstellung die Möglichkeit einmalig eine Redezeit von max. 5 Minute zu nutzen.
Zu den Kandidaturen sind maximal 3 Nachfragen und Bemerkungen je Kandidatin / Kandidat möglich. Die Nachfragen und Bemerkungen sind kurz zu formulieren.

4. Antragsarten / Antragstellung / Beschlussfassung
a. Antragstellerinnen und Antragsteller haben das Recht, Anträge vor dem Plenum zu begründen.
b. Anträge zur Geschäftsordnung werden außerhalb der Liste der der Rednerinnen und Redner sofort behandelt, soweit nicht gerade eine Abstimmung läuft. Sie können nur von Delegierten des Parteitages gestellt werden. Vor der Abstimmung erhalten je eine Delegierte oder ein Delegierter zunächst gegen den Antrag bzw. Aufruf und hiernach dafür das Wort.
c. Der Antrag auf Beendigung der Debatte oder Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagesordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht zur Antragstellung haben nur Delegierte, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Rednerinnen und Redner zu verlesen.
d. Fristgemäß eingereichte Anträge sind vom Parteitag zu behandeln oder an den Landesvorstand bzw. den Landesparteirat zu überweisen. Die Antragskommission empfiehlt dem Parteitag die Behandlung im Plenum oder die Überweisung. Zu den Anträgen erhalten je ein/e Delegierte/r zunächst gegen den Antrag und hiernach dafür das Wort.
e. Initiativanträge können in den Parteitag eingebracht werden, wenn mindestens 15 Delegierte einen solchen Antrag unterstützen.
Unter Behandlung dieser Voraussetzung empfiehlt die Antragskommission dem Plenum die Behandlung oder die Nichtbefassung.
Antragsschluss für Initiativanträge ist Samstag, 28. November 2015, 12.00 Uhr.
f. Die Antragskommission kann hinsichtlich einer möglichen weiteren Behandlung von Anträgen Überweisungsempfehlungen aussprechen.
g. Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung oder die Antragskommission geleitet, wobei zunächst die Stimmen "für" den Antrag, dann "gegen" den Antrag und abschließend die Stimmenthaltungen abzurufen sind.
h. Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines Bekanntwerdens zu stellen. Hierüber ist nach Gegen- und Fürrede sofort abzustimmen.

i. Das Tagungspräsidium fertigt mit der Protokollführung ein schriftliches Beschluss- und Wahlprotokoll des Parteitages an. Die Beschlüsse des Parteitages sind innerhalb von acht Wochen zu veröffentlichen.

S-Anträge

Anträge zur Satzung

Antrag S001
Antragsteller: Landesvorstand
Antragsgegenstand: Satzungsanpassungen

Antrag: Neufassung des § 26 (5) der Landessatzung
§ 26 (5) wird folgendermaßen geändert und ersetzt den bisherigen § 26 (5):
Sie besteht aus 4 Mitgliedern.
Begründung:
Anpassung an Bundessatzung

Antrag S002
Antragsteller: Landesvorstand
Antragsgegenstand: Satzungsanpassungen

Antrag: Neufassung des § 35 Schlichtungs-und Schiedsverfahren
Der erste Satz in § 35 (1) wird folgendermaßen geändert:
Der Landesparteitag wählt eine sechsköpfige Landesschiedskommission.

Der erste Satz in § 35 (3) wird folgendermaßen geändert:
Die Landesschiedskommission wird in jedem zweiten Kalenderjahr durch den Landesparteitag gewählt.

Der dritte Satz in § 35 (4) wird folgendermaßen geändert:
Die Landesschiedskommission ist im Schiedsverfahren mit mindestens drei Mitgliedern beschlussfähig.
Begründung:
Anpassung an Bundessatzung

Antrag P002
AntragstellerIn: KV Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Überarbeitung Genderformen

Grundsätzliche Angleichung der auf den Seiten 6-8 angekündigten Kapitel mit den Kapitalüberschriften und redaktionelle Überarbeitung mit Angleichung der Genderform.
Begründung:
Selbsterklärend

Antrag P003
AntragstellerIn: Wolfgang Huste, KV Ahrweiler
Antragsgegenstand: Ergänzung Kapitel zu Drogenpolitik

"Für eine fortschrittliche, realitätsbezogene und präventive Drogenpolitik“
Drogen sind eine Alltagserscheinung, sie gehören seit Tausenden von Jahren zur menschlichen Kultur. Eine drogenfreie Gesellschaft ist und bleibt eine Illusion. Legalisierte Drogen wie Alkohol und Zigaretten sind allgegenwärtig. Vom Staat illegalisierte Drogen werden trotz Verbote gehandelt und konsumiert. Ihr Missbrauch kann zu schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden und menschlichen Tragödien führen. Ein kontrollierter, mäßiger Drogengenuss kann eine solche Fehlentwicklung verhindern. Die Einteilung in legalisierte und illegalisierte Drogen sagt nichts über deren Gefährlichkeit aus. Im Gegenteil: Nikotin und Alkohol schaden der Gesundheit weit mehr als alle illegalisierten Drogen zusammen. Es sind gleichzeitig weltweit die gefährlichsten Drogen, was die Anzahl der jährlichen Todesopfer angeht. Die gesellschaftliche und politische Verharmlosung legalisierter Drogen ignoriert, dass in Deutschland besonders Alkohol-, Nikotin- und Medikamentenmissbrauch verbreitet sind. Wir fordern daher ein Verbot von Alkohol-, Nikotin- und Medikamentenwerbung in allen Medien (ausgenommen sind Fachmedien). Die Verbreitung von Rausch – bzw. Genussmitteln so niedrig wie möglich zu halten, ist ein vernünftiges gesellschaftliches Ziel.
Tatsächlich nehmen Menschen seit Jahrtausenden Drogen, sind auch durch Verbote nicht davon abzuhalten. Drogenkonsumenten schlicht als Kriminelle zu betrachten, verhindert jede sinnvolle Drogenpolitik. Die Dämonisierung und Kriminalisierung von Drogen verfehlt gerade auch bei Jugendlichen das behauptete Ziel der Abschreckung vom Drogenkonsum. So werden in den Niederlanden nachweisbar weniger Drogen konsumiert als in Deutschland, obwohl die dortige Drogenpolitik deutlich liberaler ist als in Deutschland und der Schwerpunkt nicht auf Repression gelegt wird. Eine Drogenpolitik muss zu einer präventiven, sachlichen und glaubwürdigen Aufklärung über die Wirkung und Risiken von Drogen beitragen. Dazu gehört auch eine allgemeine Aufklärung über nicht stofflich gebundene Süchte. Auch Glücks- und Internetspiele können „abhängig“ machen. Nur so kann ein selbstverantwortlicher Umgang mit Drogen entwickelt werden, nur so können Jugendliche selbstbewusst und eigenverantwortlich mit Drogen umgehen. Demnach werden wir uns dafür einsetzen, dass Drogenberatungsstellen auch in ländlichen Regionen weiterhin öffentlich unterstützt werden, in Form von genügend Personal und Geld. Wenn Drogenkonsum problematische Ausmaße annimmt, muss schnelle und unkomplizierte, kostenfreie Hilfe geleistet werden. Abhängige sind nicht kriminell, sondern weit eher krank! Wir streiten für eine Drogenpolitik, in der ein Schwerpunkt auf einer sachlichen, wissenschaftlich fundierten Prävention und nicht auf Strafverfolgung gelegt wird. DIE LINKE Rheinland-Pfalz setzt sich demnach für eine humane und rationale Drogenpolitik ein. Dazu gehören Präventions- und Informationsangebote sowie akzeptanzorientierte, barrierefreie, therapeutische Hilfen. Der Drogenmissbrauch muss entkriminalisiert werden, auch damit den Konsumenten frühzeitig optimal geholfen werden kann. Insbesondere im Bereich „Partydrogen“ wie Ecstasy und Speed setzt sich DIE LINKE neben Aufklärungsarbeit für sogenannte „Drug-Checking-Projekte“ ein. Damit könnten Verbraucherinnen und Verbraucher von Ecstasy und Amphetaminen wirkungsvoll vor gefährlichen Verunreinigungen geschützt werden. DIE LINKE Rheinland-Pfalz tritt weiterhin für eine staatliche Regulierung des Cannabismarktes, unter Gewährleistung des Jugendschutzes, nach dem Vorbild der Niederlande, ein. DIE LINKE Rheinland-Pfalz kämpft außerdem dafür, dass Cannabis bei bestimmten Krankheiten, bei denen es keine gleichwertige therapeutische Alternative gibt, als Arzneimittel zugelassen wird. Wir streiten dafür, dass die Straßenverkehrsordnung nicht als zusätzlicher Strafenkatalog für Drogenkonsumenten missbraucht wird und fordern die Heraufsetzung des straffreien Besitzes von Cannabisprodukte auf 30 Gramm. Wir setzen uns für die Abschaffung des Cannabisverbotes ein."

Antrag P004
AntragstellerIn: KV Trier-Saarburg
Antragsgegenstand: Ergänzung Kapitel

Kultur erleben, gestalten und fördern

In den vergangenen zehn Jahren fand in Rheinland-Pfalz ein Kulturkahlschlag statt. Das Land hat sich aus der Kulturpolitik herausgezogen und die Aufgabe dezentral den Kommunen übertragen. Die Kommunen können die Aufgabe, eine umfassende Kulturförderung in allen Bereichen zu realisieren, gar nicht leisten. DIE LINKE fordert deshalb, dass Kultur nicht nur in der Landesverfassung geschützt ist, sondern als Pflichtaufgabe deklariert wird. So kann gewährleistet werden, dass in der Kulturpolitik nicht gespart wird.

Kultur inklusiv gestalten: Kultur ist das, was uns ausmacht: Ob dazu der Besuch im Theater, im Museum, in der Bibliothek oder die historischen bedeutsamen Landschaften und Denkmäler gehören. Hier können wir in freier Entfaltung unseren Horizont erweitern, uns unterhalten lassen oder auch Anstöße erhalten, kritisch über Politik und Gesellschaft nachzudenken. Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik, da sie die Werte unserer Gesellschaft kritisch hinterfragt. Damit jeder Zugang zu unseren Kulturgütern hat, fordert DIE LINKE, dass der Zugang zur Kultur allen zugänglich sein muss. Das Land muss einen Aktionsplan erstellen, dass Kulturgüter barrierefrei sein müssen. Aber auch Menschen mit niedrigem Einkommen darf die Teilhabe an Kulturgütern nicht verwehrt bleiben. Die Einführung eines landesweiten Kulturtickets, das Menschen mit niedrigem Einkommen kostengünstigen Zugang zu Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen ermöglicht, ist unsere Forderung.

Kulturkahlschlag verhindern – Vielfalt fördern: Rheinland-Pfalz hat ein reiches Kulturangebot. Wir haben Theater, Museen, Bibliotheken, Landschaften und Denkmäler, die ein wichtiger Bestandteil unserer Geschichte sind. Leider sind diese Einrichtungen chronisch unterfinanziert. Dies macht sich darin bemerkbar, dass marode Gebäude nicht renoviert bzw. restauriert werden und MitarbeiterInnen nicht ausreichend bezahlt werden und KünstlerInnen, die zum überwiegenden Teil für Hungerlöhne arbeiten, am Existenzminimum leben müssen. DIE LINKE fordert, den Kulturkahlschlag zu beenden, Kulturinstitutionen ausreichend zu finanzieren und die Arbeitsbedingungen im Kulturbereich so zu verbessern, dass KünstlerInnen von der Arbeit leben können. Das Kulturangebot soll weiterhin ausgebaut werden: Neben den Institutionen soll auch die Freie Szene mit ihren Kunst- und Kulturschaffenden, die ohne eine Kulturinstitution im Hintergrund arbeiten müssen, gefördert werden. Hier sollen vom Land Kulturstipendiate ausgeschrieben werden, die KünstlerInnen fördern und ihnen die Möglichkeit eröffnen, Fuß zu fassen. Die meiste Kulturarbeit wird jedoch im Ehrenamt geleistet. Dieses Ehrenamt soll gefördert werden, in dem die öffentliche Hand unterstützend bei der Suche nach günstigen Aufführungs- und Proberäumen hilft.

Kulturpolitik partizipativ und transparent gestalten: DIE LINKE fordert, dass im Land die Debatte nach Kulturleitlinien angestoßen wird. Diese Forderung hat sie schon in einzelnen Kommunen erhoben. Überall dort, wo Kulturleitlinien in den Kommunen diskutiert wurden, konnten die EinwohnerInnen in der Kulturpolitik mitwirken und Kulturförderung transparent mitgestalten. Es hat sich gezeigt, dass Kulturschaffende und EinwohnerInnen nicht an einer Liberalisierung von Kultur, sondern an einer stärkeren Vernetzung von Kultur, Bildung, Soziales und Wirtschaft interessiert sind. Dies würde ein besseres Lebensgefühl schaffen, eine Kultur des Miteinanders verstärken und ermöglichen, Kultur als harten Wirtschaftsfaktor im Bereich Tourismus und Einzelhandel zu fördern.

Antrag P005
AntragstellerIn: KV Trier-Saarburg
Antragsgegenstand: Ergänzung Kapitel

Digitales

Die Digitalisierung des Lebens ist ein fundamentaler Baustein für die Zukunft unseres Landes. Längst ist die digitale Welt allgegenwärtig. Es ist wichtig, dass wir diese Zukunft nicht verschlafen, sondern aktiv mitgestalten.

Die Verfügbarkeit des schnellen Internets ist zu einem wichtigen Standortfaktor für die Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben und die Schaffung von Wohngebieten. Darum fordert DIE LINKE Rheinland-Pfalz, den Breitbandausbau voranzutreiben und sog. "weiße Flecken", also Gebiete mit unzureichender

Internetversorgung, schnell an das weltweite Datennetz anzubinden. Dabei darf der Breitbandausbau nicht alleine gewinnorientierten Unternehmen überlassen werden, denn sonst bleiben dünn besiedelte Gebiete mit niedrigem zu erwartenden Gewinn dauerhaft ohne ausreichende Internetversorgung.
Auch die Verbreitung von offenen und freien WLAN-Zugängen wollen wir fördern. Daher will DIE LINKE in Landesbehörden freie WLAN-Netze einrichten. Über den Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, die Störerhaftung abzuschaffen. Diese sorgt bislang dafür, dass die Betreiberinnen und Betreiber eines offen WLAN dafür haften müssen, wenn über diesen Zugang Urheberrechtsverstöße begangen werden und stellt damit ein großes Hindernis für die Verbreitung freier Netze dar. Von Nutzerinnen und Nutzern selbst verwaltete Netze wollen wir fördern.
Um auch in Zukunft das Internet als freien Raum gestalten zu können, lehnt DIE LINKE den weiteren Ausbau der staatlichen Überwachungsinfrastruktur ab. Wir stellen den Schutz privater Daten sicher.
Staatliche Daten dagegen wollen wir für alle Bürgerinnen und Bürger frei verfügbar machen. Das Transparenzgesetz, dass die rot-grüne Koalition auf den Weg gebracht hat, werden wir stärken, indem wir den Katalog der nichtöffentlichen Daten überarbeiten und die Veröffentlichungspflicht auch auf Kommunen ausweiten.
DIE LINKE. Rheinland-Pfalz fordert:

- die Förderung des Glasfaserausbaus und eine flächendeckende Breitbandversorgung.
- die Kommunalisierung der Internetversorgung.
- die Abschaffung der Störerhaftung.
- die Förderung und den Ausbau freie zugänglicher und offener WLAN-Netze.
- die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung.
- eine kritische Überprüfung aller bestehenden Überwachungsgesetze.
- mehr Transparenz für staatliche Daten.

Antrag P006
Zeile 10 - 118, S. 2
AntragstellerIn: Frank Eschrich, KV Pirmasens
Antragsgegenstand: Umformulierungen in Zeilen 10 - 118

Zeile 10ff NEU: Jede siebte Rheinland-Pfälzerin und jeder siebte Rheinland-Pfälzer muss mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze den Lebensunterhalt bestreiten. Die vollmundigen Ankündigungen der rot-grünen Landesregierung, Armut bekämpfen zu wollen, haben sich als leere Versprechen erwiesen.
Zeile 20ff NEU: Der Not der leeren Kassen gehorchend verkauften Land und Kommunen wesentliche Teile des öffentlichen Eigentums. Auf Bundesebene wurden die paritätisch finanzierte Rente und Gesundheitsversorgung abgeschafft. Beitragserhöhungen tragen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zukünftig alleine. Große Teile der Kulturlandschaft und der Wissenschaft wurden ganz oder teilweise privatisiert. Am Ende wurden zahlreiche Angebote einfach gestrichen oder für die Bürgerinnen und Bürger teurer, teilweise unbezahlbar. Vor dieser Situation stehen die Rheinlandpfälzerinnen und Rheinlandpfälzer heute.
Zeile 33ff NEU: „Wenn jeder an sich denkt, ist für alle gesorgt". Nach diesem Motto verfahren Julia Klöckner und die CDU und wollen den eingeschlagenen Kurs sogar noch verschärfen. Malu Dreyer steht an der Spitze einer hilflosen Regierungskoalition und verwaltet, statt zu regieren. Eine große Koalition wäre für unser Land die denkbar schlechteste Lösung. Die große Koalition in Berlin ist verantwortlich für die Spaltung der Gesellschaft und für die soziale Kälte in unserem Land. Arbeitssuchende, Kranke, Normalverdiener, Rentnerinnen und Rentner, Familien und Auszubildende bleiben dabei auf der Strecke. Davor müssen wir Rheinland-Pfalz bewahren.
Zeile 42ff NEU: Und wer grün wählt, könnte sich am Ende schwarz ärgern: Denn Bündnis 90/Die Grünen sind längst zu einer Partei geworden, der der Machterhalt im Zweifel am wichtigsten ist. Auch wenn die rheinland-pfälzischen Grünen sich heute gegen eine Brücke über den Mittelrhein aussprechen – sobald Klöckner und die CDU mit Ministerposten locken, ist das nach der Landtagswahl der Schnee von gestern.
Zeile 51ff NEU: Auch ein rot-grünes „Weiter so" ist keine Lösung für unser Land: Die Landesregierung unter Ministerpräsidentin Malu Dreyer verantwortet beispiellose Desaster: Der Nürburgring ist mit einigen hundert Millionen Euro der Bürgerinnen und Bürger zum Freizeitpark ausgebaut und nach dessen Scheitern für einen

Bruchteil der Investitionssumme verkauft worden. Das nennt man Umverteilung von öffentlichen Steuergeldern in private Taschen. Die Flughäfen Hahn und Zweibrücken sind aus unterschiedlichen Gründen ebenfalls Millionengräber, auch dort erhofft sich die Landesregierung durch Verkauf ein Ende mit Schrecken statt des derzeitigen Schreckens ohne Ende.
Zeile 118 einfügen NEU: Unser Wahlziel lautet „6 plus X“.

Antrag P007
Zeile 22ff, S. 2
AntragstellerIn: Kai Follmann (Trier-Saarburg), Martin Thomas Horsch (Kusel), Kathrin Meß (Trier-Saarburg), Katrin Werner (Trier-Saarburg)
Antragsgegenstand: Kürzung in Zeilen 22ff

Der derzeitige Inhalt auf Z. 22ff.
[...] wurden Gesundheitsdienstleistungen, die Alterssicherung und große Teile der Kulturlandschaft und der Wissenschaft ganz oder teilweise privatisiert. [...]
ist wie folgt zu kürzen:
[...] wurden Gesundheitsdienstleistungen, die Alterssicherung und große Teile der Kulturlandschaft ganz oder teilweise privatisiert. [...]
Begründung:
Eine Privatisierung der Wissenschaft im angedeuteten Umfang findet in Deutschland nicht statt (und hat nicht stattgefunden). Die steigende Bedeutung von Drittmittelprojekten, die hier wohl gemeint ist, stellt vor allem eine Umstellung im Hochschulmanagement dar, daneben findet dadurch eine Umverteilung der Lasten von den Ländern zum Bund als größtem Drittmittelgeber statt. Das projektplanungsbasierte Management ist zum großen Teil für die Prekarisierung des Wissenschaftssektors verantwortlich und muss aus linker und gewerkschaftlicher Sicht verworfen und durch tragfähigere Konzepte ersetzt werden. Dennoch passt es kaum unter den Oberbegriff der “Privatisierung”.
Drittmittel aus der industriefinanzierten Forschung haben nur in bestimmten Fachrichtungen einen wesentlichen Anteil. Selbst dann liegt keine Privatisierung vor, sondern eine (auch aus anderen Bereichen bekannte) Markt- und Kundenorientierung staatlicher Einrichtungen. Diese gehört auch auf den Prüfstand, ist aber nicht mit der Privatisierung als Aufgabe öffentlichen Eigentums gleichzusetzen.

Antrag P008
Zeile 28 – 68 und 77 – 85, S. 2
AntragstellerIn: KV Bad Kreuznach
Antragsgegenstand: Streichung Zeile 26 – 68, 77 – 85

Streichung der Zeilen 28 – 68 sowie Streichung der der Zeilen 77 – 85
Begründung:
Wir halten es für kontraproduktiv wenn DIELINKE in ihrem Wahlprogramm die vermeintlichen Versäumnisse und Fehler anderer Parteien benennt.
Auch Namen von Politikern, Diffamierungen und Weissagungen über das künftige Verhalten anderer Parteien sollten unterbleiben.
In einem Wahlprogramm können wir belegbare Zahlen, Daten und Fakten gerne benennen und daraus unsere Schlüsse ziehen.
Wir haben eigene politische Aussagen, Ideen und Vorstellungen einer linken Gesellschaftspolitik für die wir unter Heranziehung real greifbarer Fakten werben sollten.

Antrag P009
Zeile 86-87, S. 4
AntragstellerIn: Dominik Düber, KV Altenkirchen

Antragsgegenstand: Streichung in Zeilen 86/87

Zeile 86-87 ersatzlos streichen:
„- und damit auf der Stufe von allgemeinen Menschenrechten -“
Begründung:
Die Behauptung ist sachlich falsch.
Zum einen findet sich die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte nicht im Grundgesetz, sondern wurde 1948 von der UN beschlossen. Gemeint sind vermutlich die im Grundgesetz verankerten Grundrechte. Diese befinden sich jedoch in den Paragraphen 1 bis 19 des GG. Die Schuldenbremse dagegen ist in §109 des GG verankert, also im Abschnitt „Das Finanzwesen“ und hat damit den selben Status wie die anderen Regelungen zu Finanzen und Haushalt in der Verfassung. In der Landesverfassung von RLP ist sie in Paragraph 116, also ebenfalls im Abschnitt Finanzwesen, verankert.
Die Schuldenbremse ist zwar falsch und zeugt nicht nur von Menschenverachtung, sondern auch von ökonomischer Dummheit, das Erheben in Verfassungsrang anstatt eines einfachen Bundesgesetzes ist ein unmöglicher Politikstil, aber dennoch steht sie nicht auf der Stufe der allgemeinen Menschenrechte.

Antrag P010
Zeile 118, S. 4
AntragstellerIn: Martin Thomas Horsch (Kusel), Rudolf Uher (Kusel), Florian Westphal (Kusel)
Antragsgegenstand: Umformulierung in Zeilen 118

1) Der derzeitige Inhalt auf Z. 118
[...] der sozial-ökologische Umbau der Industriegesellschaft, [...]
ist wie folgt zu ändern:
[...] der technologisch-industrielle Aufbau, [...]

Antrag P011
Zeile 137 – 139, S. 5
AntragstellerIn: Simon Bludovsky und andere, Forum demokratischer Sozialismus RLP
Antragsgegenstand: Ersetzung Zeile 137 - 139

Die Zeilen 137 – 139 werden durch „Sozial muss drin sein!“ ersetzt.
Begründung:
Wir wollen uns nicht an einzelnen Formulierung oder Sätzen aufhalten, finden jedoch, dass an dieser Stelle eine Änderung unvermeidbar ist.
Bereits in Zeile 257 ist eine ähnliche Formulierung, wohingegen der bisherige Titel des Landtagswahlprogramms „Sozial muss drin sein!“ nicht vorkommt.
Deswegen glauben wir, dass hier der richtige Ort für den Titel wäre.

Antrag P012
Zeile 144ff, Seite 6
AntragstellerIn: KV Trier-Saarburg
Antragsgegenstand: Umformulierung in Zusammenfassung Zeile 144ff

Zeile 144-146:
Das Land darf Aufträge nur an Unternehmen vergeben, die Tariflöhne zahlen und die Mitbestimmung der Belegschaften umsetzen.
Wie folgt zu ändern:
Das Land darf Aufträge nur an Unternehmen vergeben, die Tariflöhne zahlen, die Mitbestimmung der Belegschaften umsetzen und die vorgeschriebene Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung erfüllen.
Begründung:

Unternehmen müssen je nach Größe eine bestimmte Anzahl an Menschen mit Behinderung beschäftigen. Bisher kaufen sich viele Unternehmen davon frei, in dem sie eine Ausgleichsabgabe zahlen. Im Sinne einer inklusiven Gesellschaft wäre es jedoch wünschenswert, wenn die Unternehmen die gesetzliche Beschäftigungsquote erfüllen. Durch entsprechende Kriterien bei der Auftragsvergabe könnte das Land den Druck hierzu erhöhen.

Zeile 144 nach dem ersten Satz folgendes einfügen:

Dabei muss gelten: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Frauen dürfen nicht schlechter bezahlt werden als Männer.

Begründung:

Weiterhin existieren in unserer Gesellschaft erhebliche Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen. Frauen werden oftmals für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt. Die Linke darf dies als Partei die für soziale Gerechtigkeit eintritt, nicht ignorieren.

Zeile 149-150:

Denn faire Löhne verhindern Altersarmut und sichern die Rente.

Ersetzen durch:

Das Rentensystem muss zukunftsfest gestaltet werden und auch im Alter ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.

Begründung:

In der Überschrift des Abschnitts ist die Rede von „guter Rente“. Dies wird aber im Text nur sehr knapp aufgegriffen und sollte deshalb stärker betont werden.

Antrag P013
Zeile 150, S. 6

AntragstellerIn: Dominik Düber, KV Altenkirchen

Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeilen 150

Zeile 150 nach „die Rente“ einfügen:

„sowie alle anderen Sozialversicherungsleistungen. Sie sind damit eine der wichtigsten Maßnahmen, um die Herausforderungen des demographischen Wandels unserer Gesellschaft zu meistern.“

Begründung:

Diese Ergänzung halte ich aufgrund der nicht enden wollenden Demographie-Thematik für sinnvoll.

Antrag P014
Zeile 151 - 230, S. 6-8

AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber, KV Bad Dürkheim

Antragsgegenstand: Umformulierungen Vorwort Zeile 151 - 230

Zeile 151 einfügen: Die Ein-Euro-Jobs müssen unverzüglich abgeschafft und durch einen öffentlichen Beschäftigungssektor ersetzt werden.

Zeile 167 DIE LINKE spricht sich für Bildungspflicht statt Schulpflicht aus.

Zeile 169 Kitas ‚sind Bildungseinrichtungen und‘ müssen qualitativ weiter …

Zeile 199 Der Wald ist ein besonders schützenswertes Gut in unserer Region. Er ist ein Garant zum Erhalt unseres Klimas, unserer Artenvielfalt bei Tieren, Pflanzen und Pilzen. Er ist ein wichtiger Erholungsort für die Menschen und nicht zuletzt ein kulturelles Erbe, das nicht leichtfertig verspielt werden darf. Die Waldgebiete dürfen nicht länger zerschnitten werden, Ersatzaufforstung bleibt notwendig.

Unabhängig von seinen vielseitigen nützlichen Eigenschaften trägt er viel für unseren Tourismus bei. Die LINKE steht für einen sanften Tourismus, der unserer Umwelt Rechnung trägt.

Die LINKE spricht sich gegen eine Zersiedelung aus. Neue Gewerbe- und Wohngebiete sind kritisch zu Hinterfragen. Vor allem sind die in letzter Zeit angesiedelten großen Einkaufszentren schädlich für unsere intakten Innenstädte. Daher werden wir keinen weiteren Großprojekten zustimmen.

Zeile 230: Undemokratische Strukturen wie beispielsweise der Verfassungsschutz sind abzuschaffen.

Antrag P015
Zeile 165 - 176, S. 6
AntragstellerIn: LAG queer RLP
Antragsgegenstand: Umformulierung in Zeilen 165ff

Ändern von homosexuellen Eltern in „queere Lebensweisen“
Familie ist da, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen. Familie braucht gesellschaftliche Unterstützung, denn derzeit ist Familie ein Armutsrisiko: Ob Eheleute, Partnerschaften ohne Trauschein, queere Lebensweisen, Alleinerziehende oder „Patchwork-Familien“
Der Abschnitt lautet dann
DIE LINKE will gute, kostenfreie und für alle zugängliche Bildungsangebote von der Krippe über die Ausbildung, das Studium bis hin zur lebenslangen Weiterbildung. KiTas müssen qualitativ weiter entwickelt werden, wir wollen das gemeinsame Lernen aller Kinder bei individueller Förderung bis zur 10. Klasse: Eine Schule für alle mit Ganztagsangebot und kostenloser Hausaufgabenbetreuung bis Klasse 10. Wir wollen, dass die Beschäftigten im Bildungswesen endlich angemessen bezahlt werden und unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften im Kampf um bessere Löhne und Gehälter. Familie ist da, wo Kinder sind, dort muss Förderung ansetzen. Überkommene Rollenbilder lehnen wir ab, weder Staat noch Kirchen haben das Recht, Lebensformen vorzuschreiben, zu zementieren und zu fördern.
Familie ist da, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen. Familie braucht gesellschaftliche Unterstützung, denn derzeit ist Familie ein Armutsrisiko: Ob Eheleute, Partnerschaften ohne Trauschein, queere Lebensweisen, Alleinerziehende oder „Patchwork-Familien“
Zeile 174 „Familie ist da“ streichen. Der Satz lautet dann neu:
Wo Kinder sind, dort muss Förderung ansetzen.
Zeile 176 ergänzen um fördern
Der Satz lautet dann Neu:
Überkommene Rollenbilder lehnen wir ab, weder Staat noch Kirchen haben das Recht, Lebensformen vorzuschreiben, zu zementieren oder zu fördern.

Antrag P016
Zeile 167ff, S. 6
AntragstellerIn: Martin Thomas Horsch (Kusel), Wilhelm Vollmann (Vulkaneifel)
Antragsgegenstand: Ergänzung und Änderung in Zeilen 167ff

Vor Z. 167 ist der folgende Text zu ergänzen:
In Deutschland liegt die Zuständigkeit für die Struktur und Weiterentwicklung des Bildungssystems vorrangig bei den Ländern. In einem demokratischen Gemeinwesen sollten alle Menschen ihr Leben nach ihren eigenen Begabungen, Fähigkeiten und Bedürfnissen selbst gestalten und entwickeln können. DIE LINKE will deshalb auch in Rheinland-Pfalz nicht länger zulassen, dass Bildung und Ausbildung sozialen Schranken unterliegen, zunehmend wie eine Ware behandelt und den Profitinteressen der privaten Wirtschaft unterworfen werden.
Gute Bildung und Ausbildung sind unabdingbare Menschenrechte. Ein Zurück zur Klassenbezogenheit früherer Zeiten darf es nicht geben. DIE LINKE will ein Bildungs- und Ausbildungssystem, in dem alle einen qualifizierten Abschluss nach ihren individuellen Begabungen, Fähigkeiten und Bedürfnissen erlangen und lebenslang weiterentwickeln können. Die Teilhabe aller an allen gesellschaftlichen Bereichen, einschließlich der Berufs- und Arbeitswelt, muss durch den Staat sichergestellt und kontrolliert werden. Bildung und Ausbildung sollen für alle horizontal und vertikal durchlässig sein, unabhängig vom Ausgangsschulabschluss. Das Land hat die Pflicht, dafür zu sorgen, dass jederzeit und gesellschaftsweit die erforderlichen Bildungs-, Ausbildungs-, Studien- und Weiterbildungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.
Begründung:
Es kann nicht sein, dass diese entscheidenden Punkte in der Einleitung gar nicht vorkommen.
Der derzeitige Inhalt auf **Z. 167–174** ist wie folgt zu ändern:

DIE LINKE will gute, kostenfreie und für alle zugängliche Bildungsangebote über Ausbildung und Studium bis hin zur lebenslangen Weiterbildung. Ein qualitativ hochwertiges und umfassendes KiTa- und Schulangebot muss öffentlich und transparent sein und der staatlichen Kontrolle unterliegen. Es darf nicht von den wirtschaftlichen, weltanschaulichen und ideologischen Interessen Dritter bestimmt werden. Deshalb bevorzugt DIE LINKE Bildungsangebote in kommunaler Trägerschaft. Wir wollen „eine Schule für alle“ als Regelschule und zugleich eine individuelle Förderung aller Kinder bis zur 10. Klasse. Das Land und die Kommunen müssen sich der Aufgabe annehmen, eine bedürfnisorientierte Zahl von Angebots-KiTas und -Schulen in kommunaler Trägerschaft unter staatlicher Aufsicht und Förderung einzurichten. Es ist unverzichtbar, dass alle KiTas, Schulen und Ausbildungsstätten wissenschaftlich fundierte und erprobte Inklusionskonzepte anbieten. DIE LINKE fordert auch im Bildungssektor die angemessene Bezahlung aller Beschäftigten und wird deshalb auch künftig den Kampf der Gewerkschaften um bessere Löhne und Gehälter und mehr Mitbestimmung solidarisch unterstützen. [...]
Begründung:
Redaktionelle Überarbeitung.

Antrag P017
Zeile 178, S. 6
AntragstellerIn: LAG queer RLP
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 178

Zeile 178 Einfügen eines neuen Abschnittes
4) Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fördern – Gegen Homo- und Transphobie
Ausgrenzung, Diskriminierungen, Beleidigungen und auch Gewalt immer noch bittere Realität für Schwule, Lesben und Transgender in Rheinland-Pfalz. Noch viel zu viele Menschen können in der Öffentlichkeit, in Schulen oder bei der Arbeit ihre Identität nicht frei und offen zeigen, ohne Nachteile befürchten zu müssen.

Antrag P018
Zeile 191 - 193, S. 7
AntragstellerIn: Kreisverband Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Verschiebung vonZeile 191 - 193

Zeile 191 – 193 aus Punkt 5 raus nehmen und in Punkt 7 „Energiewende“ einbauen.
Begründung:
Passt von der Thematik her besser in Kapitel Energiewende

Antrag P019
Zeile 212, S. 7
AntragstellerIn: Michael Stienz, Vulkaneifel
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeilen 212

Persönlich Haftbarmachung der Politiker zur Steuerverschwendung (Nürburgring) alle Ausgaben Finanzieller Art oder von Berater Verträgen ab einer Höhe von 10.000,- müssen der Begutachtung und der Genehmigung des Landesrechnungshof unterliegen.

Antrag P020
Zeile 220, S. 7

AntragstellerIn: Sarah Schwarzrock, Rene Schneider, Tupac Orellana
Antragsgegenstand: Änderungen in Zeile 220

Monopolstellung in "de facto Monopolstellung“
Begründung:
Durch die Entflechtungsgesetze sind Monopolstellungen in der Energiebranche abgeschafft worden.

Antrag P021
Zeile 229, S. 8
AntragstellerIn: Michael Stienz, KV Vulkaneifel
Antragsgegenstand: Streichung in Zeile 229

Das Wahlalter soll unverändert auf die 18 Lebensjahre bleiben.

Antrag P022
Zeile 230, S. 8
AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber
Antragsgegenstand: Ergänzung Zeile 230

Zeile 230: Dazu gehört auch die unbürokratische Behörde, den Verfassungsschutz, abzuschaffen.

Antrag P023
Zeile 233, S. 8
AntragstellerIn: Sarah Schwarzrock, Rene Schneider, Tupac Orellana
Antragsgegenstand: Änderungen in Zeile 233

Zeile 233 Streichung des Wortes Sozialgerichtsverfahren
Begründung:
Der Zugang zu Sozialgerichten ist stets kostenfrei

Antrag P024
Zeile 239 und 244, S. 8
AntragstellerIn: LAG queer RLP
Antragsgegenstand: Änderungen in Zeile 239 und 244

Zeile 239 Verschiebung „sexuelle Orientierung und Identität“
Der Abschnitt lautet dann neu:
DIE LINKE steht an der Seite aller Menschen, die Fremdenfeindlichkeit und Rassenhass bekämpfen. Wir wollen allen Menschen, die politisch, aus Gründen des Geschlechts, sexuelle Orientierung und Identität, des Alters, des sozialen Status´, der Weltanschauung, der Religion der ethnischen Herkunft, oder aufgrund von Behinderungen verfolgt werden, bei uns Schutz bieten, so wie es das Grundgesetz verlangt.
Zeile 244 Punkt 9 Ergänzung
Ergänzung um: RLP macht sich im Bundesrat stark, dass Flüchtlinge, egal aus welchen Gründen aufgenommen werden.

Antrag P025
Zeile 244, S. 8
AntragstellerIn: Dominik Düber, KV Altenkirchen
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeilen 244

Zeile 244 nach „sind“ ergänzen:
Gerade für unsere ländlicheren Regionen, die mit einer stark rückläufigen Bevölkerungsentwicklung zu rechnen haben, liegen in der Zuwanderung hier nicht nur Herausforderungen, sondern auch Chancen, die es zu nutzen gilt.
Begründung:
Die Linke sollte Zuwanderung nicht nur als Altruismus und Belastung darstellen, sondern darf durchaus auch die damit verknüpften Chancen, gerade für bestimmte Regionen in RLP, hervorheben.

Antrag P026
Zeile 263, S. 9
AntragstellerIn: Sarah Schwarzrock, Rene Schneider, Tupac Orellana
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 263

Ersetzung von: Bundesanstalt für Arbeit in Bundesagentur für Arbeit
Begründung:
Die Bundesanstalt für Arbeit ist veraltet

Antrag P027
Zeile 266 - 267, S. 9
AntragstellerIn: Katharina Penkert, Marco Burbach, Dave Koch, Manuel Eppers, Bettina Ress
Antragsgegenstand: Ergänzung nach Zeile 266 - 267

Änderungsantrag:

- Leiharbeit, Zeitarbeit, sowie sachgrundlose Befristungen müssen verboten und missbräuchliche Werksverträge eingedämmt werden.

Begründung:
Sachgrundlose Befristungen und Zeitarbeit wirken sich ebenso negativ auf die Arbeitsbedingungen aus, wie Leiharbeit. Wir wollen gute, sichere und dauerhafte Arbeitsverhältnisse für die Menschen in Rheinland-Pfalz. Der DGB Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland hat in seinen beschlossenen Positionen zur Landtagswahl 2016 entsprechendes gefordert (Seite 6 des Papiers).

Antrag P028
Zeile 265, 406, S. 9
AntragstellerIn: Sarah Schwarzrock, Rene Schneider, Tupac Orellana
Antragsgegenstand: Streichung in Zeile 265, 406

Zeile 265, 406: Streichung von Leiharbeit

Antrag P029
Zeile 350f, S. 11
AntragstellerIn: Martin Thomas Horsch (Kusel), Rudolf Uher (Kusel), Florian Westphal (Kusel)
Antragsgegenstand: Änderung in Zeilen 350f

Der derzeitige Inhalt auf **Z. 350f**.
[...] zur sozialen und ökologischen Umgestaltung der Industriegesellschaft, [...]
ist wie folgt zu ändern:
[...] zum technologisch-industriellen Aufbau des Landes, [...]
Der derzeitige Inhalt auf **Z. 370**
[...] im sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, [...]
ist wie folgt zu ändern:

[...] im technologisch-industriellen Aufbau des Landes, [...]

Antrag P030
Zeile 368, S. 11
AntragstellerIn: Michael Stienz, KV Vulkaneifel
Antragsgegenstand: Ergänzung Zeile 368

Anrechnung aller Zeiten als Arbeitnehmer in einem bzw. von mehreren verschiedenen Versicherung pflichtigen Arbeits- Verhältnisse und Arbeitszeiten bei der Erreichung von 12 Monaten. Einzahlung in die Arbeitslosen-Versicherung zum Anspruch auf Arbeitslosengeld. Somit die Abschaffung oder Ergänzung der ununterbrochenen Anwalt Zeiten von 12 Monaten.
beim Brutto Lohnen unter der Frei-Pfändungsgrenze keine Lohnsteuer erhebung

Antrag P031
Zeile 378, S. 11
AntragstellerIn: Katharina Penkert, Marco Burbach, Dave Koch, Manuel Eppers, Bettina Ress
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 378

Betriebs- und Personalräte, sowie Mitarbeitervertretungen sind die demokratisch gewählt Vertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben und Unternehmen. Sich machen sich stark für gute Arbeitsbedingungen. Bei unternehmerischen Entscheidungen sind diese bisher jedoch vollkommen unbeteiligt. Strategisch relevante Unernehmensentscheidungen (wie z.B. Produktionsverlagerungen, Stilllegung von Betriebsteilen oder Ausstiege aus Geschäftszweigen) müssen zum Gegenstand der Mitbestimmung werden, damit die oben genannten Gremien zukünftig in diesen Sachverhalten auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern verhandeln. Wir wollen eine dahingehende Reform des Landespersonalvertretungsgesetzes und fordern, dass die Landesregierung sich auf Bundesebene für entsprechende Reformen des Betriebsverfassungsgesetzes, sowie des Mitarbeitervertretungsgesetzes einsetzt.
Begründung:
Alle Anstrengungen für gute Arbeitsbedingungen werden zur Farce, wenn der Unternehmer morgen entscheidet, dass die Produktion ins Ausland verlagert oder der Betrieb geschlossen wird. Auch Gewerkschaften können in diesen Fällen nicht mehr „das Ruder rumreißen“, sondern lediglich die Auswirkungen für die Beschäftigten abmildern. Daher darf es nicht mehr sein, dass der Arbeitgeber „Alleinentscheider“ bei den essentiellen Entscheidungen ist.

Antrag P032
Zeile 406 - 409, S. 12
AntragstellerIn: Katharina Penkert, Marco Burbach, Dave Koch, Manuel Eppers, Bettina Ress
Antragsgegenstand: Ergänzung nach Zeile 406 - 409

- Leiharbeit, Zeitarbeit, sowie sachgrundlose Befristungen zu verbieten und missbräuchliche Werksverträge einzudämmen.

Antrag P033
Zeile 406, S. 12
AntragstellerIn: Michael Stienz, KV Vulkaneifel
Antragsgegenstand: Ergänzung Zeile 406

Leih- und Zeitarbeit auf ein Mindestmaß nach gesetzlichen Vorgaben zu beschränken und nur unter Auflagen für die Betriebe prüfen und zu lassen. Die Kontrolle für die Leiharbeit soll das Arbeitsamt durch Meldung der Betriebe und durch Besuche erfassen.

Antrag P034
Zeile 407, S. 12
AntragstellerIn: Sarah Schwarzrock, Rene Schneider, Tupac Orellana
Antragsgegenstand: Änderungen in Zeile 407

Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter ändern
Begründung:
Zeit und Leiharbeit sind das gleiche. Eine Leihe jedoch erfolgt unentgeltlich und stellt einen veralteten Begriff dar.

Antrag P035
Zeile 413, S. 12
AntragstellerIn: Frank Eschrich, KV Pirmasens
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 413

Wir fordern die Einführung eines Verbandsklagerechts für Gewerkschaften. Dies nähme den Druck von einzelnen Beschäftigten, die gegen das Unterlaufen von Tarifverträgen in ihrem Betrieb klagen wollen. Für die Durchsetzung von Mindestlohnansprüchen muss die Beweislast umgekehrt werden und die Arbeitgeber den Beweis führen, welche Stunden tatsächlich geleistet wurden. Wir wollen die Mitbestimmung bei Landesbediensteten stärken, indem wir das Landespersonalvertretungsgesetz reformieren.

Antrag P036
Zeile 426, S. 13
AntragstellerIn: Katharina Penkert, Marco Burbach, Dave Koch, Manuel Eppers, Bettina Ress
Antragsgegenstand: Ergänzung nach Zeile 426

Reformen, um Betriebs- und Personalräten, sowie Mitarbeitervertretungen ein Mitbestimmungsrecht bei unternehmerischen Entscheidungen zu geben.

Antrag P037
Zeile 465, S. 14
AntragstellerIn: Dominik Düber, KV Altenkirchen
Antragsgegenstand: Streichung in Zeilen 465

Zeile 465-466 ersatzlos streichen:
„die Anhebung des Kindergeldes“
Begründung:
Diese einkommensunabhängige Pauschalleistung ist einerseits sozial ungerecht und andererseits unheimlich teurer, wie 2013 sogar der Zwischenbericht einer gemeinsamen Studie des Finanz- und Familienministeriums bestätigt hat.

Antrag P038
Zeile 469, S. 14
AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber

Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeilen 469

Kinder haben ein Recht auf aktive Teilhabe am öffentlichen Leben. Sie müssen in die Lage versetzt werden nicht nur auf dem Schulweg sondern auch zur Freizeitgestaltung wie der Besuch von Sport- oder Musikvereinen, Bibliotheken und vieles mehr mobil sein zu können. Daher muss für sie der öffentliche Personennahverkehr kostenlos zur Verfügung stehen.

Antrag P039
Zeile 472 – 493, S. 14
AntragstellerIn: Simon Bludovsky und andere, Forum demokratischer Sozialismus RLP
Antragsgegenstand: Verschiebung Zeile 472 - 493

Wir beantragen die Verschiebung des Absatzes „Zukunftsfeste Renten“ von Kapitel 2 zu Kapitel 1, da das Thema dort bereits in der Überschrift steht und unserer Erachtens besser passt.
Begründung:
Siehe Antragstext.

Antrag P040
Zeile 521 – 542, S. 15
AntragstellerIn: Simon Bludovsky und andere, Forum demokratischer Sozialismus RLP
Antragsgegenstand: Streichung Zeile 521 - 542

Wir beantragen die ersatzlose Streichung von Zeile 521 – 542 aus dem Absatz „Zweiklassen-Medizin abschaffen“.
Begründung:
Unserer Auffassung sind weite Teile dieser Zeilen bereits in den Zeilen 495ff enthalten und stellen damit eine Doppelung dar.

Antrag P041
Zeile 527 – 588, S. 15
AntragstellerIn: KV Trier-Saarburg
Antragsgegenstand: Ersetzung und Ergänzung Zeile 527 - 588

Zeile 527 nach „bekommt.“ folgendes einfügen:
Die aktuell geltenden Fallpauschalen verhindern eine individuelle medizinische Behandlung und gerade ältere und mehrfach Erkrankten fallen aus dem Rahmen.
Zeile 569 folgendes einfügen:
Insgesamt müssen alle nichtakademischen Heilberufe aufgewertet werden. Gerade bei älteren und chronisch Kranken leisten diese wichtige Dienste.
Zeile 588 nach „rücken soll.“ folgendes einfügen:
Azubis müssen über ihre Rechte aufgeklärt werden und dürfen nicht ausgebeutet und unter Tarif vergütet werden. Auch der Selbstschutz und die Burnoutprophylaxe müssen stärker Thema in der Ausbildung sein.

Antrag P042
Zeile 557, S. 16
AntragstellerIn: Frank Eschrich, KV Pirmasens
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 557

Hinter „gewährleisten.“

Dafür bieten Landambulatorien und Bereitschaftspraxen an den Krankenhäusern Möglichkeiten. In diesen Praxen sollen Räume zur Verfügung gestellt werden, in denen Ärzte und Therapeuten Behandlungszeiten anbieten können, ohne dafür eine eigene bzw. zusätzliche Praxis einrichten zu müssen.

Antrag P043
Zeile 593, S. 17
AntragstellerIn: Tupac Orellana Mardones
Antragsgegenstand: Ergänzung ab Zeile 593

Im Punkt 2) Soziales und Gesundheit, Medien und Kultur wird ein weiterer Absatz angefügt:
Zeitgemäße Netzpolitik und Digitalisierung
Die Digitalisierung der Gesellschaft schreitet immer schneller voran. Schon längst sind für viele Menschen in Rheinland-Pfalz die Arbeitsumstände im digitalen Zeitalter angekommen. Private, sowie geschäftliche, Beziehungen werden heute zu großen Teilen im Internet gepflegt. Es bedarf daher einer zeitgemäßen politischen Antwort auf die drängenden netzpolitischen Fragen. In einer Zeit, die maßgeblich von digitaler Kommunikation, wie sozialen Netzwerken, Videospielen und –plattformen bestimmt wird, muss ein angemessener Umgang durch die Landesregierung gefördert werden. Wenn die Politik nicht schleunigst auf die Digitalisierung aller Lebensbereiche reagiert, wird die Digitalisierung ohne sie stattfinden.
Begründung:
Die Netzpolitik und Digitalisierung muss in einem modernen Wahlprogramm beachtet werden. Ich muss aber ehrlich gestehen, dass ich keinen fertigen Antrag, den ich auch verantworten wollen würde, zu Antragsfrist fertigstellen konnte. Daher dieser Rohschnitt, der noch einen Änderungsantrag erfahren wird. Es war mir aber wichtig, dass dieser wichtige Punkt seine eigenen Absatz erhält

Antrag P044
Zeile 593, S. 17
AntragstellerIn: Wolfgang Huste, KV Ahrweiler
Antragsgegenstand: Erweiterung Kapitel Kulturpolitik

Die Künste, kulturelle Bildung und die Erinnerungskultur sind Grundlagen einer lebendigen Demokratie. DIE LINKE will die bisherige Vielfalt erhalten und allen Menschen die Teilhabe an Kultur ermöglichen. Kultur für alle – von Anfang an! Rheinland-Palz hat eine reiche, vielgestaltige kulturelle Szene: Opernhäuser, Theater, Museen, Bibliotheken, Musikschulen, Jugendzentren und zahlreiche kulturelle Projekte von Vereinen und Verbänden. Diese kulturelle Vielfalt ist aber hochgradig gefährdet. Die Auswirkungen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise und einer verfehlten Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung bedrohen auch die Kulturstrukturen. Immer mehr Kommunen stehen vor dem Problem, ihre laufenden Aufgaben nicht mehr wahrnehmen zu können. Kürzungen setzen oft bei den sogenannten freiwilligen Leistungen wie der Kultur an. Es ist höchste Zeit umzusteuern und Maßnahmen zur finanziellen Stärkung von Ländern und Kommunen und zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur zu ergreifen.
Kurzfristig geht es vor allem darum, weitere Verluste an öffentlicher Infrastruktur zu verhindern. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat deshalb ein „Soforthilfeprogramm Kultur“ zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur in den Ländern und Kommunen eingefordert, für das der Bund eine Milliarde Euro bereitstellen soll. Es ist hohe Zeit, das Staatsziel Kultur im Grundgesetz zu verankern. Die Fraktion DIE LINKE ist dafür, einen neuen Artikel 20b in das Grundgesetz aufzunehmen mit der Formulierung: „Der Staat schützt und fördert die Kultur.“, wie von der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ vorgeschlagen. Darüber hinaus plädiert die Fraktion für eine Gemeinschaftsaufgabe Kultur im Grundgesetz, um das Zusammenwirken von Bund und Ländern bei der Kulturfinanzierung endlich auf eine gesicherte Grundlage zu stellen. In RLP muss die Kultur Pflichtaufgabe werden um sie abzusichern. Die Mehrzahl der Künstlerinnen und Künstler, kann von ihren kreativen Leistungen nicht leben. DIE LINKE RLP will allen Urhebern und ausübenden Künstlern ihren Anspruch auf angemessene Vergütung sichern und zugleich einen möglichst offenen Zugang zu Ideen und kulturellen Produktionen erhalten. Wir fordern grundlegende Veränderungen des Urheberrechts im digitalen Zeitalter ein. Dringend notwendig ist ein verbesserter gesetzlicher Schutz der Urheber vor Ausbeutung durch

Verwerter. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE will das Urhebervertragsgesetz durchsetzungsfest gestalten, Total-Buy-Out-Verträge verbieten und die Selbstorganisation wie auch die kollektive Vertretung der Urheber stärken. DIE LINKE RLP setzt sich für eine Ausstellungsvergütung für bildende Künstlerinnen und Künstler ein. In Rheinland-Pfalz sind rund 30 000 Menschen im Kultur- und Kreativbereich tätig. Der durchschnittliche Jahresumsatz im Kulturbereich beträgt in RLP rund 3 Milliarden Euro. Demnach ist Kultur auch ein wichtiger Wirtschafsfaktor. Kultur ist aber nicht nur Ware. Kulturelle Güter und Dienstleistungen brauchen als Träger von Identität, Werten und Sinn öffentliche Unterstützung. Insbesonder innerhalb der Filmförderung darf in RLP nicht weiter gekürzt werden. DIE LINKE RLP will die zukunftsträchtige und stetig wachsende Kultur- und Kreativwirtschaft auf eine gerechte arbeits- und sozialrechtliche Grundlage stellen. Denn gerade in der Kreativwirtschaft, deren flexible Arbeitsformen als Prototypen zukünftiger Arbeitsmodelle gepriesen werden, arbeitet die Mehrheit unter unsicheren und prekären Bedingungen. Deshalb fordern wir eine Neuregelung bei der Anwartschaft auf Arbeitslosengeld I und Honoraruntergrenzen. Auch die Künstlersozialkassen müssen entsprechend gestärkt und der Zugang zur Künstlersozialkasse erleichtert werden."

Antrag P045
Zeile 628-630, S. 18
AntragstellerIn: LAG queer RLP
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 628 - 630

Zeile 628 bis 630 Erster Satz ersetzten durch:
besseren Schutz für Gewaltopfer vor häuslicher Gewalt spielt dabei eine wesentliche Rolle. Besonders betroffen sind Frauen und Kinder....

Antrag P046
Zeile 630, S. 18
AntragstellerIn: Frank Eschrich, KV Pirmasens
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 630

Hinter „...ausgebaut werden."
Zahlungen für Frauenhäuser müssen weg von freiwilligen Leistungen des Landes und der Kommunen hin zu anerkannten Pflichtaufgaben unter Beteiligung aller – auch des Bundes.

Antrag P047
Zeile 683, S. 19
AntragstellerIn: LAG queer RLP
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 683

Zeile 683 nach Satzende einfügen:
Wir fordern weiter, das Schulprojekt Schlau, die queere sexuelle Aufklärung leisten, und Queernet aus Landesmittel gefördert werden. Unter Kinder und Jugendlichen herrscht immer noch viele Vorurteile und Unwissenheit bei dem Thema.

Antrag P048
Zeile 693, S. 19
AntragstellerIn: Frank Eschrich, KV Pirmasens
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 693

DIE LINKE fordert eine konsequente Begrenzung von Unterrichtsausfallzeiten in allen Schularten und –formen. Um den Lehrermangel zu bekämpfen, verlangen wir die Rücknahme der Streichung von 2.000

Lehrerplanstellen und mindestens 1.500 zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer sowie pädagogische Fachkräfte.

Antrag P049
Zeile 663, S. 18
AntragstellerIn: Brigitte Freihold, KV Pirmasens
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 663

Zeile 663 einfügen
„Kinder und Jugendliche sind vor Rechtsextremismus, Rassismus, Hetz- und Hassschriften sowie vor Konsumterror und Pornografisierung im Internet und den sogenannten sozialen Netzwerken zu schützen."

Antrag P050
Zeile 678, S. 19
AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 678

Bildungspflicht statt Schulpflicht! Rheinland Pfalz muss endlich seine Bildungspflicht übernehmen. Die heutigen Schulen und die Ausstattung entsprechen nicht mehr modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Unser Bildungssystem orientiert sich an PISA, einem Konkurrenzverhalten und zerstört unsere Kultur. Menschen geben ihr Bestes, wenn sie in ihrem Element sind. Wenn sie ihr Talent erkennen, wenn sie spüren, was sie können werden sie zu kreativen, sozial handelnden Menschen. Unser Bildungssystem sollte dies als Anspruch haben und den industriellen und auf Konkurrenz basierenden Denkmodellen eine Abfuhr erteilen. DIE LINKE fordert eine Ausrichtung der Bildungspflicht auf kreatives und soziales Handeln. Rheinland Pfalz gibt die Bildungspflicht an zu wenig Lehrpersonal in veralteten Strukturen ab und stellt zu wenig Lehr- und Lernmittel zur Verfügung. Das jetzige Bildungssystem macht unsere Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler krank.

Antrag P051
Zeile 677ff, S. 19
AntragstellerIn: Kai Follmann (Trier-Saarburg), Martin Thomas Horsch (Kusel), Kathrin Meß (Trier-Saarburg), Katrin Werner (Trier-Saarburg)
Antragsgegenstand: Umformulierung und Neufassung in Zeilen 677ff

Die Abschnittsüberschrift in **Z. 165** und identisch in **Z. 677**
ist wie folgt zu ersetzen:
Familie, Bildung und Wissenschaft
Begründung zu
Es ist schwer verständlich, dass für den Programmentwurf eine Gliederung gewählt wurde, in der Familienpolitik und Wissenschaftspolitik nebeneinander diskutiert werden (statt z.B. Wissenschafts-, Technologie- und Strukturpolitik). Das lässt sich jetzt leider nicht mehr ändern. Die Wissenschaft sollte in der Abschnittsüberschrift aber zumindest erwähnt werden.
Der derzeitige Inhalt auf **Z. 758ff**.
[...] Ebenso muss auch die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre von privaten und wirtschaftlichen Interessen durch das Land gesichert werden. Weil der Anteil der „Drittmittelfinanzierung" aus Wirtschaft und Industrie an der Finanzierung den Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen erheblich zugenommen hat, ist die Unabhängigkeit der Forschung von den Drittmittelgebern aus der Privatwirtschaft gefährdet. Dieser schleichenden Privatisierung der integrierten Lehr- und Forschungseinrichtungen an den Hochschulen muss dringend Einhalt geboten werden. Deshalb sind eine nachhaltige Reduzierung der privaten Drittmittelförderung und ihr Ersatz durch öffentlich-rechtliche Forschungsförderung dringend geboten. [...]

ist durch den folgenden neuen Text zu ersetzen:
[...] Die Finanzierung der universitären Forschung hat sich zu einem maßgeblichen Anteil vom dauerhaft zugesicherten Stellenplan des Landes auf projektbezogene Drittmittel verlagert, die jeweils nur für wenige Jahre bewilligt werden. Diese Drittmittel stammen zu einem gewissen Teil aus der Privatwirtschaft, überwiegend aber (etwa über DFG und BMBF) aus dem Staatshaushalt, es sind die gleichen öffentlichen Gelder, die in der dauerhaften Grundausstattung der Hochschulen jetzt fehlen. Dies hat eine radikale Managementorientierung in der universitären Forschung bewirkt, den festangestellten akademischen Mittelbau weitgehend eliminiert und die Wissenschaft in einen von prekärer Arbeit dominierten Bereich umgewandelt.
Universitäre Forschung sollte dem Wohl der Allgemeinheit dienen. In diesem Sinne sind militärische Forschungsvorhaben durchweg abzulehnen, da das Fördern von Krieg oder kriegerischen Maßnahmen dem an eine Hochschule gestellten Anspruch nicht gerecht wird. Wissenschaftliche Erkenntnisse, die zum Töten von Menschen genutzt werden, sind nicht als Fortschritt, sondern als Rückschritt anzusehen und klar abzulehnen. Daher ist eine landesweite Zivilklausel für eine friedliche Forschung an allen Hochschulen in Rheinland-Pfalz unverzichtbar.
DIE LINKE kämpft für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen, die im Templiner Manifest und im Herrschinger Kodex der GEW formuliert wurden, und wird die Wissenschaft zu einem modernen und innovativen Sektor mit sicheren Arbeitsverhältnissen umgestalten. Für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Hochschuldienst muss es eine Lebensperspektive geben. Mindestens 50 % aller an Promovierte vergebenen Stellen müssen mit “tenure track” ausgestattet und nach drei Jahren erfolgreicher Arbeit entfristet werden. Wir fordern deshalb die Einführung eines proportionalen Landeshebesatzes auf alle Drittmittelprojekte an rheinland-pfälzischen Hochschulen zur Finanzierung eines “Hochschulpaktes für gute Arbeit”, durch den ausschließlich Dauerstellen bereitgestellt werden. [...]
Begründung:
Die bei sozial fortschrittlichen Reformprojekten übliche Frage, “woher soll das Geld kommen?”, ist hier besonders leicht zu beantworten, denn der im Wesentlichen öffentliche Charakter der Forschungsfinanzierung ist bis heute erhalten geblieben. Die Mittel müssen wieder vom projektbasierten zum dauerhaften Bewilligungsmodus umgeschichtet werden.
Die hier skizzierte Reform ist für die öffentliche Hand kostenneutral und beseitigt das größte Hindernis für gute Arbeit in der Wissenschaft, die Unstetigkeit in der Finanzierung der universitären Forschung. Landesweite Fluktuationen im Drittmittelvolumen können aus dem Landeshaushalt ausgeglichen werden, sodass die Stellen aus dem Hochschulpakt für gute Arbeit ununterbrochen zur Verfügung stehen und entsprechend besetzt werden können (und müssen).
Der Verweis auf die Dokumente der GEW ist sinnvoll und notwendig, da dort ein gewerkschaftlicher Standard für gute Arbeit in der Wissenschaft festgelegt wird.
Der derzeitige Inhalt auf **Z. 767ff.**
[...] DIE LINKE will auch im Hochschulbereich keine prekären Beschäftigungsverhältnisse. Diese müssen durch tarifgebundene Arbeitsplätze ersetzt werden. [...]
ist wie folgt zu kürzen:
[...] DIE LINKE will auch im Hochschulbereich keine prekären Beschäftigungsverhältnisse. [...]
Begründung:
In der deutlich überwiegenden Zahl der Fälle unterliegen die prekären Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen einem Tarifvertrag (TV-L) und sind dennoch prekär. Die Forderung nach der Ersetzung durch tarifgebundene Arbeit weist ins Leere.
In **Z. 769** (vor “Weil Schulen [...]”) ist der folgende Text zu ergänzen:
[...] Für Landesbeamte, die keine hoheitlichen Funktionen ausüben, wie etwa Schullehrer sowie die in Forschung, Lehre und Verwaltung der Hochschulen tätigen Beamten, gilt das Streikrecht als ein ihnen zustehendes Menschenrecht. DIE LINKE wird dies im Landtag geltend machen und sich dafür einsetzen, dass die Beamtenbesoldung als Gegenstand von Tarifverhandlungen anerkannt wird. Auch die Vergütung von Lehraufträgen sowie der “Titellehre” von Privatdozenten ist tariflich zu regeln. Es darf keine unvergütete und keine prekäre Lehrtätigkeit an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz geben. [...]
Begründung:
Deutschland nimmt durch sein Streikverbot für Lehrerinnen und Lehrer sowie viele weitere nicht für echt hoheitliche Aufgaben eingesetzte Staatsbedienstete international eine Sonderstellung ein. In entwickelten Ländern (und vielen Ländern der dritten Welt) ist das Streikrecht als Menschenrecht eine

Selbstverständlichkeit, das durch die Arbeiterbewegung in längst vergangenen Zeiten für immer erkämpft wurde. Dass dieses Grundrecht in Deutschland unvollständig bleibt, rächt sich immer wieder, indem Beamte per Verordnung im Vergleich zu ihren angestellten Kolleginnen und Kollegen schlechtergestellt werden, um gezielt die Verhandlungsposition der Gewerkschaften in Arbeitskämpfen zu schwächen.
Lehraufträge für externe Dozenten an Hochschulen sind prinzipiell dafür gedacht, Kompetenzen aus der Industrie- und Wirtschaftspraxis in die Lehre einfließen zu lassen. Die Lehrbeauftragten sollen (theoretisch) einer regulären Arbeit nachgehen und ehrenamtlich gegen ein geringes Honorar eine Vorlesung halten. Diese Regelung wird aktuell insbesondere in den Sozialwissenschaften missbraucht, um Kosten für Lehrpersonal einzusparen. Die betroffenen Dozentinnen und Dozenten haben von ihren Lehraufträgen abgesehen oft gar kein weiteres Einkommen. Fragwürdig ist auch das Konzept der Titellehre, wonach Habilitierte dazu verpflichtet sind, notfalls unentgeltlich Lehrveranstaltungen anzubieten, da sonst die für die weitere Laufbahn bedeutende Lehrbefugnis erlischt. Diese stehen in vielen Fällen in gar keinem Arbeitsverhältnis mehr zu der Hochschule, die sie habilitiert hat.
Dadurch ist ein Niedrig- bzw. Null-Lohnsegment an den Hochschulen entstanden, was in bestimmten Bereichen einen ungeheuren Druck nicht nur auf die unmittelbar Betroffenen, sondern auch auf das regulär beschäftigte Personal ausübt. Ähnlich wie die Beamtenbesoldung muss deshalb auch die Vergütung von Lehraufträgen zum Gegenstand von Tarifauseinandersetzungen gemacht werden. Vom Landtag aus kann DIE LINKE den Arbeitgeber direkt unter Druck setzen und die gewerkschaftliche Position stärken.
Der Stichpunkt in **Z. 890**

- Drittmittel dürfen nicht länger zur Finanzierung des Grundbedarfs dienen

ist wie folgt zu ändern:

- Drittmittel dürfen nicht indirekt oder inoffiziell zur Finanzierung der Grundausstattung der Hochschulen genutzt werden.

Begründung:
Offiziell gibt es keine Finanzierung der Grundausstattung durch Drittmittel.
Unmittelbar im Anschluss an den Stichpunkt **Z. 890** ist zu ergänzen:

- Wiederaufbau eines nicht prekären akademischen Mittelbausektors durch einen “Hochschulpakt für gute Arbeit” und weitere begleitende Maßnahmen.

Der Text auf **Z. 891f.**
einen Wissenschaftstarifvertrag für alle Akademiker und Akademikerinnen und [...]
ist durch den Folgenden zu ersetzen:
[...] reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge für alle Promovierenden und [...]
Begründung:
Die Umgehung tarifvertraglicher Regelungen durch die Vergabe von Stipendien (anstelle regulärer Arbeitsverträge) an Doktorandinnen und Doktoranden muss gestoppt werden. So sind vielerorts gespaltene Belegschaften entstanden, z.B. an Max-Planck-Instituten. Der Grundsatz des gleichen Lohns für gleiche Arbeit wird dadurch verletzt.
Die Heraustrennung des akademischen Sektors aus dem TV-L (Hochschulen und Aninstitute) bzw. dem TVöD (Fraunhofer- und Max-Planck-Institute) wäre tarifpolitisch aus gewerkschaftlicher Sicht allerdings äußerst unklug. Die Wissenschaftler sind eine schwach organisierte Berufsgruppe, nicht vergleichbar mit anderen hochqualifizierten Gruppen wie Ärzten oder Piloten, die notfalls auch für sich alleine kämpfen können. DIE LINKE und linke Gewerkschafter fordern allerdings selbst z.B. für die Piloten nicht, dass diese selbständig und nur für sich streiken sollen. Wir nehmen das hin, wenn es geschieht, und unterstützen solche Kämpfe solidarisch, aber auch kritisch.
Der Grundsatz “Einigkeit macht stark” gilt umso mehr für eine so schwach organisierte Gruppe wie die Akademiker. Wir sollten ihn nicht aufgeben. Im Übrigen ist es anmaßend gegenüber den zuständigen DGB-Gewerkschaften ver.di und GEW, ihnen Details ihrer Tarifpolitik diktieren zu wollen. Aus gutem Grund fordert dort niemand einen “Wissenschaftstarifvertrag nur für Akademiker”.
Der derzeitige Inhalt auf **Z. 892f**.
[...] die Einführung einer verbindlichen Frauenquote in Wissenschaft und Lehre. [...]
ist wie folgt zu konkretisieren:
[...] die Einführung einer verbindlichen Frauenquote in Forschung und Lehre nach dem Kaskadenmodell des Wissenschaftsrates. [...]
Begründung:

Wenn wir eine verbindliche Quote fordern, sollten wir auch klarstellen, wie diese festgelegt wird. Zum Glück gibt es dafür schon ein brauchbares Konzept.
Der derzeitige Inhalt auf **Z. 893ff**.
[...] Zudem müssen für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte tarifrechtliche Regelungen auf Landesebene erarbeitet werden, darüber hinaus benötigen sie endlich eine personalrechtliche Vertretung – durch Anbindung an bestehende oder eigenständige Personalräte.
ist wie folgt zu ändern:
[...] Zudem müssen für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte tarifrechtliche Regelungen auf Landesebene erarbeitet werden, darüber hinaus benötigen sie endlich eine personalrechtliche Vertretung durch den Personalrat. [...]
Begründung:
“Einigkeit macht stark” gilt auch hier. Die studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte (Hiwis) sind alle maximal halbtags – normalerweise deutlich geringer – und mit extrem kurzen Vertragslaufzeiten beschäftigt. Ihre Verhandlungsposition ist extrem schlecht. Sie sollten nicht durch einen eigenen Personalrat von den übrigen Statusgruppen getrennt werden und isoliert kämpfen müssen. Eine solche Trennung gibt es bundesweit nur in Berlin. Um überhaupt funktionsfähig zu sein, setzt sie eine hohe Organisations- und Kampfbereitschaft dieser eigentlich schwach positionierten Personalgruppe voraus. An einzelnen Standorten ist das zeitweise denkbar, für die Mehrheit der Hochschulstandorte in Rheinland-Pfalz wäre eine solche Lösung aber dauerhaft ungeeignet.

Antrag P052
Zeile 686, S. 19
AntragstellerIn: Brigitte Freihold, KV Pirmasens
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 686

Hinter „Kinder“
„und Jugendlichen“ einfügen

Antrag P053
Zeile 687, S. 19
AntragstellerIn: Brigitte Freihold, KV Pirmasens
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 687

einfügen hinter „finanziellen Situation“: NEU: „ihrer Eltern“
und
hinter „ihren Begabungen“; NEU: „und Bedürfnissen“

Antrag P054
Zeile 692, S. 19
AntragstellerIn: Milena Mess, Julian Theiß
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 692

nach Z. 692: "Wir setzen uns für eine umfassende Demokratisierung der Schulen und Hochschulen ein. Dies bedeutet auch eine Ausweitung der demokratischen Rechte und Einflüsse der Schüler*innen und Studierenden in Entscheidungen, die sie direkt betreffen. Beispielsweise bauliche Veränderungen an Schule/Universität, oder die Gestaltung des Unterrichts."
Ergänzung der Forderung:
"Die Linke Rheinland- Pfalz fordert die Stärkung des demokratischen Einflusses der Schüler*innen und Studierenden"

Antrag P055
Zeile 698, S. 19
AntragstellerIn: Frank Eschrich, KV Pirmasens
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 698

Hinter „muss ein Ende haben."
Das duale Bildungssystem ist gefährdet. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die berufsbildenden Schulen zu stärken. Dafür müssen insbesondere mehr Lehrpersonal und pädagogische Fachkräfte eingestellt werden, um den gravierenden Unterrichtsausfall zu begrenzen und die Überlastung der Lehrerinnen und Lehrer abzubauen. Ergebnisse berufsschulischer Leistungen sollen auch auf dem Kammerzeugnis ausgewiesen werden. Verbundausbildungen und weitere Formen der Kooperation von Betrieben und Einrichtungen halten wir für zukunftsfähig. Wir treten dafür ein, dass erfolgreich absolvierte praktische und theoretische Ausbildungen und Ausbildungsbestandteile auf nachfolgende Qualifizierungen angerechnet werden können. Der Übergang an Fachhochschulen und Universitäten soll dadurch erleichtert werden. Die Ausbildung an Fachschulen zu Technikerinnen und Technikern sowie Fachwirtinnen und Fachwirten wollen wir stärken. Wir sehen darin eine gute Möglichkeit, berufliche Bildung aufzuwerten. Für die Ausbildungen im Bereich der Gesundheits-, Pflege-, Heil-und Sozialberufe wollen wir ein bedarfsdeckendes Angebot an Ausbildungsplätzen sichern.

Antrag P056
Zeile 698, S. 19
AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 698

Einfügen nach Zeile 698:
Rheinland Pfalz hat Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter, die als Erntehelfer, auf dem Bau, in der Altenpflege und sonstigen Tätigkeiten beschäftigt sind. Mit unserer überkommenen Schulpflicht zerstören wir Familienverbände. Deutschland ist eines der wenigen Länder, die an der überkommen Struktur einer Schulpflicht festhält. In vielen europäischen Ländern ist die Schulpflicht schon längst abgeschafft beispielsweise in der Schweiz, Österreich, Frankreich, den skandinavischen Ländern um nur einige zu nennen. Rheinland Pfalz muss neue Strukturen schaffen die es allen Kindern möglich macht Familie und Bildung gemeinsam zu genießen.

Antrag P057
Zeile 699, S. 19
AntragstellerIn: Brigitte Freihold, KV Pirmasens
Antragsgegenstand: Neufassung ab Zeile 699 - 702

„Die ungenügende Vertretungsreserve für temporär ausfallende Lehrkräfte muss endlich ausgebaut und die Fort- und Weiterbildung für alle Lehrkräfte bedarfsgerecht gesichert werden. Die Schulsozialarbeit ist weiterzuführen, auszubauen und durch das Land zu finanzieren."

Antrag P058
Zeile 703, S. 19
AntragstellerIn: Brigitte Freihold, KV Pirmasens
Antragsgegenstand: Neufassung ab Zeile 703 - 708

„Inklusion ist ein Kulturprozess. Die Schaffung einer Inklusionskultur ist nicht auf Bildung und Schule beschränkt, sondern umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche. Schon mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und dem damit verbundenen Rechtsanspruch auf inklusive Bildung steht die gesamte Gesellschaft vor einer Aufgabe, die nicht »nebenbei« erledigt werden kann."

Antrag P059
Zeile 709, S. 20
AntragstellerIn: Brigitte Freihold, KV Pirmasens
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 709

„In der Lehrerbildung müssen Inklusion und eine Pädagogik der Heterogenität schwerpunktmäßig verankert werden. Für das gemeinsame Lernen sind Qualitätsstandards zu entwickeln. Dazu ist es längerfristig notwendig, die schulartspezifischen Studiengänge hin zu einer altersspezifisch fokussierten Lehrerausbildung zu verändern."

Antrag P060
Zeile 711, S. 20
AntragstellerIn: Frank Eschrich, KV Pirmasens
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 711

„...Schule mindestens" ersetzen durch „Klasse"

Antrag P061
Zeile 717 - 719, S. 20
AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 717 - 719

Einfügen nach Zeile **717**:
Kein Werben fürs Sterben! Die Bundeswehr hat nichts an unseren Schulen zu suchen. Schulbesuche in Bundeswehreinrichtungen sind zu untersagen.
Einfügen in Zeile **718**, nach die Kosten für die: ‚Lehr- und' Lernmittelfreiheit ...
Einfügen in Zeile **719**: Allen Grundschulkindern muss eine kostenlose Schülerbeförderung garantiert werden, unabhängig davon, wie weit der Schulweg tatsächlich ist. Auch Grundschulkinder haben ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe. Sie müssen in die Lage versetzt werden unabhängig von dem Einkommen ihrer Eltern Bibliotheken, Sportvereine, Kinos etc. besuchen zu können.

Antrag P062
Zeile 723ff, S. 20
AntragstellerIn: Martin Thomas Horsch (Kusel), Wilhelm Vollmann (Vulkaneifel)
Antragsgegenstand: Umformulierungen in Zeilen 723ff

Die derzeitige Überschrift auf **Z. 723** ist durch die folgende zu ersetzen:
Hochschulreform
Begründung:
Die alte Überschrift wird dem Gegenstand nicht gerecht, denn im so überschriebenen Abschnitt geht es mindestens so sehr um die Studienbedingungen und die Lehre wie um die wissenschaftliche Forschung.
Zwischen Z. 723 und 724 ist der folgende neue Text einzufügen:
Der soziale Ausleseeffekt der Schule wird durch ein mehrgliedriges Hochschulsystem mit dem Gegensatz zwischen Universitäten und Fachhochschulen (bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften) fortgesetzt und verstärkt. Es gibt jedoch keinen in der Sache liegenden Grund, für die Zulassung zu anwendungsorientierten Studiengängen auf niedrigerem Niveau zu qualifizieren als für stärker theoretisch geprägte Studienfächer. Diesen bildungsbürgerlichen Traditionalismus will DIE LINKE überwinden.
Zwischen **Z. 740 und 741** ist der folgende Text einzufügen:

Die Möglichkeit, im Anschluss an den Bachelor an einer Fachhochschule ein Masterstudium an einer Universität aufzunehmen, besteht – mit Einschränkungen – bereits jetzt. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, diese Möglichkeit an mehreren Standorten durch die Integration von Fachhochschulen und Universitäten verbindlich zu realisieren.

Begründung:

DIE LINKE fordert eine Schule für alle. Natürlich wollen wir auch das Zweiklassensystem im Hochschulbereich überwinden. Um eine Hochschule für alle aufzubauen, müssen wir Schritt für Schritt vorgehen, und die hier skizzierte Reform wäre ein bedeutender Schritt.

Der derzeitige Inhalt auf **Z. 754f.**

[...] Wiedereinführung der international hoch angesehenen Magister- und Diplomabschlüsse.

ist wie folgt zu ergänzen:

[...] Wiedereinführung der international hoch angesehenen Magister- und Diplomabschlüsse. Die Masterabschlüsse in Rheinland-Pfalz sollen zugleich auch als Diplomabschlüsse ausgewiesen und anerkannt werden.

Begründung:

Die Doppelausweisung von Masterabschlüssen kostet nichts und bringt den Absolventen den Vorteil, eine der traditionell etablierten Berufsbezeichnungen wie etwa “Diplom-Ingenieur” führen zu können.

Zwischen **Z. 755 und 756** ist der folgende Text einzufügen:

Der Bolognaprozess kann und muss in Zukunft anders ausgelegt werden. Für jeden Bachelorabsolventen muss es den Anspruch auf einen Studienplatz in einem konsekutiven Masterstudiengang geben.

Der derzeitige Inhalt auf **Z. 786ff**.

[...] die Forderung der Beschäftigten in Kindertagesstätten nach Anerkennung [...] und guten Arbeitsbedingungen. Die in diesem Bereich Arbeitenden müssen auf Hochschulniveau, bei gleichzeitiger Öffnung des Hochschulzugangs für Menschen ohne allgemeine Hochschulreife, ausgebildet werden. [...]

ist wie folgt zu kürzen:

[...] die Forderung der Beschäftigten in Kindertagesstätten nach Anerkennung [...] und guten Arbeitsbedingungen. Die in diesem Bereich Arbeitenden müssen auf Hochschulniveau ausgebildet werden. [...]

Begründung:

Die weitere Öffnung der Hochschulen ist für DIE LINKE ein wichtiges Anliegen. Hier ist es nicht am richtigen Platz, denn natürlich kann man auch jetzt schon ohne allgemeine Hochschulreife an einer Hochschule (FH) studieren. Der entsprechende Halbsatz im Programmentwurf ist verwirrend, indem er einen Zusammenhang suggeriert, den es nicht gibt.

Der derzeitige Inhalt auf **Z. 800**

[...] und Warteschleifen verbringen. Betriebe, die ausbilden [...]

ist wie folgt zu ergänzen:

[...] und Warteschleifen verbringen. Die angebotenen Ausbildungs- und Studienplätze müssen deshalb in der Summe für jeden Jahrgang genügen. DIE LINKE wird den dualen Sektor stärken und außerdem zusätzliche Berufsfachschulstandorte in Rheinland-Pfalz einrichten. Betriebe, die ausbilden [...]

Begründung:

Für Schulabgänger gilt: Wer nicht studiert, muss eine Ausbildung beginnen, und wer keine Ausbildung beginnt, muss einen Studienplatz finden. Die Alternativen dazu stellen für junge Menschen eine Sackgasse dar. Die Akademisierung der Gesellschaft ist auch eine Folge dessen, dass die duale Berufsausbildung geschwächt wurde, u.a. indem kleine Betriebe immer weniger ausbilden. Die Berufsfachschule bietet die Möglichkeit, auch ohne ausbildenden Betrieb einen Beruf zu erlernen, und kann Jugendliche dadurch aus unnötigen Warteschleifen und Maßnahmen befreien.

Der derzeitige Inhalt auf **Z. 875f**.

[...] Anwendung reformpädagogischer Konzepte, Überwindung des Notensystems, [...]

ist wie folgt zu ergänzen:

[...] Anwendung reformpädagogischer Konzepte, Überwindung des Notensystems (außer für Abschlussnoten), soweit dies sinnvoll möglich ist, [...]

Begründung:

Die Abschlussnote stellt eine Qualifizierung der erlernten Fähigkeiten und damit der bereits bestehenden Arbeitskraft dar, bei einem Schulabschluss etwa gegenüber einem möglichen Ausbildungsbetrieb. Solange die Zuordnung der Arbeitskraft zu Arbeit und Ausbildung marktförmig erfolgt, ist eine Auswahl unter Bewerbern nötig, nach den Kriterien, die der Arbeitgeber offiziell oder inoffiziell anlegt.
Wenn das staatliche Schulzeugnis als Kriterium nicht in Frage kommt, weil es keine Note enthält (oder für alle die gleiche Note, z.B. "bestanden"), werden Arbeitgeber von ihren Bewerbern private Zusatzprüfungen verlangen. Diese kosten Geld und sind daher sozial selektiv. Darüber hinaus steigt dann die Bedeutung des persönlichen Eindrucks, und dieser wird durch die Nähe zum Milieu des auswählenden Personals (Unternehmer bzw. dessen Personalabteilung) stark beeinflusst. So verstetigt sich das Kastenwesen in Deutschland.
Schülerinnen und Schüler haben einen Anspruch auf ein aussagekräftiges Abschlusszeugnis mit Noten, und diesen wieder zu streichen wäre ein erzreaktionäres Vorhaben, für das sich DIE LINKE nicht anbieten sollte.
Zwischen **Z. 889 und 890** sind die folgenden Stichpunkte neu einzufügen:

- Anspruch auf einen Studienplatz bis zum Master für alle Schulabgänger mit Abitur oder Fachabitur, Begrenzung der Wartezeit im gewünschten Studienfach auf höchstens sechs Semester
- Stärkere Förderung nichttraditioneller Studierender (z.B. Meister und Techniker)
- Ausbau der Dualen Hochschule Rheinland-Pfalz zu einer eigenständigen Institution (ähnlich wie in Baden-Württemberg)

Antrag P063
Zeile 730, S. 20
AntragstellerIn: Dominik Düber, KV Altenkirchen
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 730

Zeile 730 „unterbezahlter" ersetzen durch
„prekarisierter"

Antrag P064
Zeile 753, S. 21
AntragstellerIn: Dominik Düber, KV Altenkirchen
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeilen 753-755

Zeile 753 ab „Nicht zuletzt..." bis 755 „... Diplomabschlüsse" streichen und ersetzen durch:
„Der Bologna-Prozess und insbesondere seine rigide Umsetzung in Deutschland hat seine wesentlichen Ziele verfehlt und auf den Ebenen soziale Durchlässigkeit, Berufsqualifizierung, lebenslanges Lernen und Mobilität versagt. Es bedarf daher einer grundlegenden Neuausrichtung der Studienreform in Deutschland. Anstatt Studierende in ein immer engeres Korsett verschulter Studiengänge zu pressen, sollte die neue Modulstruktur genutzt werden, das Lernen flexibler und freier zu gestalten. Vielmehr böte dieses Modell die Möglichkeit, ein Studium entlang der eigenen Erkenntnisinteressen zusammenzustellen. Die Anerkennung des Bachelors als Abschluss anstelle der vorherigen Zwischenprüfung kann zu verbesserten Möglichkeiten des Hochschul- oder Studiengangswechsels genutzt werden und verbessert ebenfalls die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, wenn kein Master angeschlossen wird. Zugleich muss jedoch der Zugang zum Master jedem Bachelor-Absolventen ermöglicht werden und darf dieser Übergang nicht als Selektionsinstrument genutzt werden.
Zugleich ist eine ausreichende soziale Absicherung eine wichtige Bedingung, um ein Studium nicht nur an sozialen und materiellen Notwendigkeiten auszurichten. DIE LINKE strebt daher ein elternunabhängige Förderung von Studierenden an, die allen Studierenden die notwendige soziale Sicherheit verschafft und die Ausprägung von Individualität durch eine tatsächlich freie Wahl des Studiums, unabhängig vom Wunsch der Eltern, ermöglicht. Neben finanziellen Hindernissen müssen auch formale Zugangshürden zum Studium reduziert und die soziale Durchlässigkeit erhöht werden.
Darüber hinaus fordert DIE LINKE eine inhaltliche Studienreform. Während im Bologna-Prozess Studieninhalte im Wesentlichen verdichtet und komprimiert wurden, sollten Studierende und

WissenschaftlerInnen gemeinsam mit Partnern aus der Zivilgesellschaft Studiengänge auch inhaltlich auf Basis der gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen reformieren. An die Stelle eines auf unmittelbare Verwertbarkeit ausgerichteten Verständnisses von Berufsqualifizierung muss dabei ein breiteres Verständnis von Praxisbezug treten, dass der Verbesserung der Produktions- und Lebensbedienungen der Menschen verpflichtet ist und nach Aufklärung über die Bedingungen menschlichen Lebens strebt."

Begründung:

Die Forderung nach der Wiedereinführung von Magister- und Diplomabschlüssen verherrlicht die damals vorherrschenden Studienstrukturen, auch wenn diese zweifelsohne besser waren als die heutigen. Stattdessen sollten die bestehenden Strukturen, auch mit ihren Vorteilen gegenüber dem alten Modell, genutzt werden, um eine tatsächliche Studienreform voranzutreiben Um diese zu skizzieren, soll der einzufügende Absatz dienen. Wesentliche Impulse stammen dabei aus der GEW-Expertise „Der Bologna-Prozess zwischen Anspruch und Wirklichkeit".

Antrag P065
Zeile 755, S. 21

AntragstellerIn: KV Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 755

Ersetzen in Zeile 755 das Wort „zusätzliche" durch das Wort „vermehrte"

Begründung:

der jetzige Wortlaut lässt vermuten, dass es keine Diplomabschlüsse mehr gibt, das ist aber nicht richtig. Die Universitäten können diese Abschlüsse anbieten und es wäre richtig, hier eine vermehrte Wiedereinführung zu fordern.

Antrag P066
Zeile 764, S. 21

AntragstellerIn: KV Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 764

Ersetzen in Zeile 764 das Wort „Privatisierung" durch das Wort „Marktorientierung"
Begründung: Durch das Einwerben von Drittmitteln aus der Privatwirtschaft wird eine zunehmende Marktorientierung in der Bildung erreicht. Aber das Wort Privatisierung drückt einen anderen Sachverhalt aus und ist hier an der Stelle nicht zu verwenden.

Antrag P067
Zeile 765, S. 21

AntragstellerIn: Dominik Düber, KV Altenkirchen
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeilen 765

Zeile 765 ab „Deshalb..." bis 767 „...geboten" streichen und ersetzen durch
„Hierfür fordert DIE LINKE eine Offenlegung aller Drittmittelverträge zwischen Wirtschaft und Wissenschaft und eine Reduzierung der Bedeutung dieses Förderungsinstruments.
Die Lösung dieses Problems gelingt jedoch nicht, indem Drittmittel einfach durch die öffentliche Hand, etwa durch die DFG oder das BMBF zur Verfügung gestellt werden. Schon jetzt kommt ein großer Teil der Drittmittel nicht aus der privaten Wirtschaft, sondern aus der öffentlichen Hand. Allein die DFG war 2010 für etwa ein Drittel der von Hochschulen eingeworbenen Drittmitteln verantwortlich und ist damit der wichtigste Drittmittelgeber, während etwa ein Fünftel aus der gewerblichen Wirtschaft stammt. Dass Drittmittel rund 20 Prozent des derzeitigen Hochschuletats ausmachen, zeigt, dass das Verhältnis zwischen Grund- und Drittmitteln aus den Fugen geraten ist. Die Orientierung auf Drittmittel bindet einen großen Teil der eigentlich für Forschung vorgesehen Arbeit in aufwendigen Antragsverfahren, während gute Forschung

nurmehr an eingeworbenen Drittmitteln und nicht an ihrer fachlichen Qualität bemessen wird. Zugleich hat dabei jedoch nicht unkonventionlle Forschung Aussicht auf Förderung, da die Qualitätsbewertung durch Fachgutachter in der Regel zu einer Konservierung des ohnehin vorherrschenden Mainstreams führt.
Aus diesem Grund fordert DIE LINKE eine deutliche Reduzierung der öffentlichen Drittmittel und stattdessen eine wesentlich verbesserte Grundausstattung der Hochschulen, die für dauerhafte Planungssicherheit und tatsächliche Freiheit der Forschung sorgt.“
Begründung:
In seiner bisherigen Fassung erweckt der Passus den Eintrag, Drittmittel kämen im wesentlichen aus der privaten Wirtschaft, was schlicht falsch ist, auch wenn die gewerblichen Drittmittel durchaus problematisch sind (vgl. hierzu etwa die Dokumentationen auf hochschulwatch.de). Dem ist entgegenzuhalten, dass die öffentliche Hand der größte Drittmittelgeber ist. Doch auch diese Drittmittel haben erhebliche problematische Auswirkungen, die in der vorgeschlagenen Formulierung zumindest kurz angerissen werden sollen.

Antrag P068
Zeile 767-769, S. 21
AntragstellerIn: Dominik Düber, KV Altenkirchen
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeilen 767 - 769

Zeilen 767 nach „geboten.“ bis Zeile769 „werden.“ streichen und einfügen eines neuen Absatzes:
„DIE LINKE will auch im Hochschulbereich keine prekären Beschäftigungsverhältnisse. DIE LINKE fordert daher die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Flächentarifverträge des öffentlichen Dienstes auf alle Beschäftigten in Hochschule und Forschung. Der Gesetzgeber muss die Tarifautonomie von Gewerkschaften und Arbeitgebern respektieren und das Verbot, Regeln zur Befristung von Arbeitsverträgen in Hochschule und Forschung auszuhandeln und anzuwenden, aufheben. Daher fordern wir auf Bundesebene die ersatzlose Streichung der Tarifsperre im Wissenschaftszeitvertragsgesetz.
Auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschschaftler verdienen planbare Karrieren, während derzeit rund 90 Prozent von ihnen befristet beschäftigt sind. DIE LINKE fordert daher eine bessere Absicherung der Promotionsphase durch ausreichend tarifvertraglich geregelte Beschäftigungsverhältnisse zur Qualifikation mit Sozialversicherungsschutz, die mindestens drei Viertel der Arbeitszeit für die eigenständige Qualifikation vorsehen. Promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Postdocs) müssen verlässliche berufliche Perspektiven haben: durch einen Tenure Track, der den dauerhaften Verbleib in Hochschule und Forschung ermöglicht – unabhängig davon, ob eine Berufung auf eine Professur erfolgt oder nicht. Ebenso sind nur temporär beschäftigte Lehrbeauftragte besser abzusichern. Dort, wo Lehrbeauftragte dauerhaft Lehr- und Prüfungsaufgaben wahrnehmen, müssen diese sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse erhalten. Soweit zur Ergänzung des Lehrangebots Lehraufträge sinnvoll sind, müssen Mindeststandards im Hinblick auf Bezahlung, Vertragsdauer und Verlängerungsoption gelten.
Begründung:
Die Bezahlung erfasst nur einen kleinen Teil des Problems, daher ist die Rede von Prekarisierung sinnvoller. So werden Wissenschaftliche Mitarbeiter nach TV-L E13 bezahlt, was ich für angemessen halte. Die größeren Problem sind: (a) das Splitten von Stellen in halbe, viertel oder sonstige Kleinststellen, (b) die fast ausschließlich befristeten Stellen unterhalb der Professur, die eine verlässliche Karriere- und Lebensplanung unmöglich machen, da sich niemand darauf verlassen kann, eines Tages auf eine der wenigen Professuren berufen zu werden, (c) unbezahlte Lehraufträge und Lecturer-Stellen mit zu hoher Lehrbelastung ohne die Möglichkeit der Weiterqualifikation und (d) die Promotion auf Stellen ohne Sozialversicherungspflicht, z.B. durch Stipendien o.ä.
Die aufgestellten Forderungen orientieren sich weitgehend am Templiner Manifest der GEW.

Antrag P069
Zeile 776, S. 21
AntragstellerIn: Tupac Orellana Mardones

Antragsgegenstand: Ergänzung ab Zeile 776

Nach Z.776 wird eingefügt:
Weiterhin müssen Hochschulen ein Ort der zivilen Forschung sein. Rüstungsforschung hat an den Bildungseinrichtungen der Bundesrepublik keinen Platz. Daher setzt sich DIE LINKE für die Etablierung einer Zivilklausel an allen Hochschulen ein, die direkte oder indirekte Rüstungsforschung untersagt.

Antrag P070
Zeile 776ff, S. 21

AntragstellerIn: Patrick Battersby (KL-Stadt), Martin Thomas Horsch (Kusel), Julian Theiß (KL-Land)
Antragsgegenstand: Umformulierung ab Zeile 776ff

Im Anschluss an **Z. 776** ist der folgende Text zu ergänzen:
DIE LINKE bekennt sich zum öffentlich-rechtlichen Charakter des Hochschulwesens. Die Hochschulen sind ein Teil der Gesellschaft, kein isolierter Elfenbeinturm. Da sie von der Öffentlichkeit gestiftet und ausgestattet werden, haben sie dieser gegenüber auch eine Verpflichtung. Die Gesellschaft kann von den Hochschulgremien einen über enge Fachgrenzen hinausreichenden Beitrag erwarten und sollte diesen auch einfordern. Deshalb verteidigen wir das Konzept eines allgemeinpolitischen Mandats für die akademische und studentische Selbstverwaltung.
Begründung:
Wir sollten der derzeit sehr starken Tendenz entgegenwirken, die studentischen und akademischen Aktivitäten auf das rein fachspezifisch Technische zu beschränken. Viele reaktionäre oder neoliberal managementorientierte Praktiken können sich nur halten, solange ihr gesellschaftlicher Zusammenhang bewusst ausgeblendet wird.
Der Spiegelstrich auf **Z. 897** ist wie folgt zu ändern:

- Überwindung der undemokratischen Gliederung der akademischen Selbstverwaltung nach Statusgruppen (Professoren, Mitarbeiter, Studierende), Schaffung demokratischer Strukturen durch das Zusammenwirken aller Hochschulangehörigen nach dem Prinzip “eine Person, eine Stimme”.

Begründung:
Das Dreiklassenwahlrecht der Gruppenhochschule zementiert den aus dem 19. Jahrhundert überkommenen ständischen Charakter der alten Universitäten. Das hält den Fortschritt auf, der von diesen Institutionen gerade ausgehen sollte.
Bereits 1973 wurde der Reformversuch u.a. der niedersächsischen Landesregierung (mit Kultusminister Peter von Oertzen), mit drittelparitätisch aus Professoren, Mitarbeitern und Studierenden besetzten Gremien die drei Gruppen zumindest insgesamt gleich zu gewichten, durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt: Eine nach Statusgruppen gegliederte akademische Selbstverwaltung müsse “der herausgehobenen Stellung der Hochschullehrer Rechnung tragen”. Die Begründung dieses Urteils, das einen typischen Fall von Klassenjustiz darstellt, beruft sich direkt auf das Grundgesetz. Dieses müsste also zunächst geändert werden.
Diese Niederlage ist in unserer Rechtstradition dadurch auf Dauer verankert. Die Demokratisierung der Hochschule sollte deshalb auf dem (ohnehin geeigneteren) Weg einer Aufhebung ihrer ständischen Gliederung in Statusgruppen erfolgen.
Daran anschließend (**vor Z. 898**) sind die folgenden Spiegelstriche neu einzufügen:

- Hochschulräte, die – analog zu Aufsichtsräten – zu 50 % mit Arbeitnehmervertretern besetzt werden
- Verteidigung der Satzungs- und Finanzhoheit der verfassten Studierendenschaft

Begründung:
Hochschulräte sind de facto die Aufsichtsräte der Hochschulen. Die Formulierung im rheinland-pfälzischen Hochschulgesetz lautet: “Der Hochschulrat [...] fördert ihre Profilbildung, Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit.” Die Hälfte der Mitglieder benennt das Ministerium, die andere Hälfte benennt der Senat. Eine Arbeitnehmerbeteiligung ist nicht vorgesehen. Dieses Gesetz stammt von der SPD!
Die Entmachtung der Studierendenvertretungen durch Entzug der Finanzen ist ein Dauerprojekt der Rechten und Liberalen, das wir auch in Zukunft abwehren müssen.

Antrag P071
Zeile 777, S. 21
AntragstellerIn: Sarah Schwarzrock, KV Mainz
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeilen 777

Einzug in Hochschulpolitik, ab Zeile 777
In vielen Fällen ist die Aufnahme eines Zweitstudiums kein Luxus sondern eine berufliche Notwendigkeit. Student*innen die sich in einem Zweitstudium befinden, haben nur in sehr wenigen Ausnahmefällen einen Anspruch auf BAföG. Oft müssen sie ihre Ausbildung über Kredite finanzieren, sich also stark verschulden und daneben auch Arbeiten um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Regelmäßig müssen sie dabei auch ihre Krankenversicherung und andere Kosten selbst tragen, die im Rahmen eines regulären Erststudiums nicht anfallen. Neben dieser ohnehin enorm hohen Belastung müssen dann Studiengebühren und Semesterbeiträge bezahlt werden die in der Summe bis zu 1.000.-€ pro Semester betragen können. Student*innen müssen demnach monatlich alleine für die Semestergebühren über 150.-€ erwirtschaften und haben dafür überproportional oft nur Jobs auf 450.-€-basis zur Verfügung. Daneben soll auch das Studium nicht zu kurz kommen, da auch die finanzierenden Banken oft Leistungsnachweise verlangen um die Finanzierung weiter bewilligen zu können.
Berücksichtigt man weiterhin die relativ zur Gesamtstudierendenzahl geringe Menge an Zweitstudent*innen stellt sich auch die Frage nach dem generellen Mehrwert derartiger Gebühren auf Seiten der Hochschule. Die finanziellen Mittel die sich aus dieser „Einnahmequelle“ ergeben dürften regelmäßig nur einen verschwinden geringen Teil des Universitätshaushaltes ausmachen.
Bildung darf kein Luxus für Gutbetuchte sein!
Deshalb fordern wir:

- Weg mit den Zweitstudiengebühren
- Kostenlose Krankenversicherung für alle Studenten
- BAföG-Förderung auch für Zweitstudien

Antrag P072
Zeile 785, S. 21
AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber, KV Bad Dürkheim
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 785

Einfügen in Zeile 785: Kitas sind Bildungseinrichtungen.

Antrag P073
Zeile 788, S. 21
AntragstellerIn: Frank Eschrich, KV Pirmasens
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 788

Zeile 788 streichen ab „Die in diesem Bereich“....bis Zeile 793 „nach EU-Kriterien sicherzustellen.“ NEU einfügen ab Zeile 788
Wir setzen uns für eine Qualifizierungsoffensive für die Pädagoginnen und Pädagogen in den Kitas ein, die den Austausch von Erfahrungen und Best Practice ermöglicht und Freiraum für aufmerksames und prüfendes Denken im pädagogischen Alltag schafft. Für uns ist die tarifgerechte Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher – orientiert am öffentlichen Dienst – in allen Einrichtungen unverzichtbar. DIE LINKE tritt für eine Reform der Ausbildung ein. Neben der bestehenden Hochschulausbildung für Leiterinnen und Leiter sollen Studiengänge auch für weitere Fachkräfte an Kitas entwickelt werden. Gleichzeitig wollen wir Impulse geben, die Ausbildung zur Staatlich anerkannten Erzieherin oder zum Staatlich anerkannten Erzieher an den Fachschulen inhaltlich zu qualifizieren, praxisverbundener zu gestalten und die Gesamtausbildungszeit für junge Menschen mit Realschulabschluss oder Hochschulzugangsberechtigung zu verkürzen. Quereinstiege in den Beruf sollen erleichtert werden. Das Anerkennungsjahr soll Bestandteil der Ausbildung und damit förderfähig sein.

Antrag P074
Zeile 810, S. 22
AntragstellerIn: LAG queer RLP
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 810

Statt „homosexuelle Eltern“ „queere Lebensformen“
Der Satz lautet neu:
Familie ist da, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen. Familie braucht gesellschaftliche Unterstützung, denn derzeit ist Familie ein Armutsrisiko: Ob Eheleute, Partnerschaften ohne Trauschein, queere Lebensweisen, Alleinerziehende oder „Patchwork-Familien“

Antrag P075
Zeile 822ff, S. 22
AntragstellerIn: KV Trier-Saarburg
Antragsgegenstand: Umformulierung in Zeilen 822ff

Z. **822-825** wie folgt ersetzen:
Familien und alle ihre Mitglieder brauchen ein Leben in finanzieller Sicherheit und Gesundheit sowie gute, (Aus-)Bildungen und stabile Beziehungen im sozialen und kulturellen Umfeld.
Begründung:
Bessere Lesbarkeit.
Z. **836-838** wie folgt ersetzen:
Die Landesregierung muss die unterfinanzierten Kommunen unterstützen, damit diese kommunale, weltanschaulich neutrale Kindertageseinrichtungen einrichten können und das Feld nicht gänzlich der Kirche überlassen – wie das in zahlreichen Kommunen in RLP der Fall ist.
Begründung:
In einem säkularen Staat muss die Möglichkeit bestehen zur Kinderbetreuung auch nicht kirchliche Einrichtungen zu nutzen.
Z. **838-841** wie folgt ersetzen:
Damit Familie und Beruf vereinbar sind, muss der qualitative und zeitliche Ausbau der Kinderbetreuung forciert werden. Vor allem Frauen werden in Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt, die heute nicht zum Leben reichen und morgen keine auskömmliche Rente sichern.
Begründung:
Änderung notwendig wegen vorheriger Änderung.

Antrag P076
Zeile 846, S. 23
AntragstellerIn: Frank Eschrich, KV Pirmasens
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 846

Hinter „...besonders angewiesen.“
Für uns ist es ein wichtiges Anliegen, dass das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement nicht zum Wirtschaftsfaktor degradiert werden oder als Ersatz für den Rückzug aus eigentlich staatlicher Verantwortung dienen. Ehrenamtliche Tätigkeit bedarf, vor allem in der Kinder- und Jugendarbeit, einer hauptamtlichen Basis. Wir setzen uns ein für einen umfassenden Versicherungsschutz ehrenamtlich Tätiger. Unterschiedliche Formen von öffentlicher Anerkennung und Ehrung wollen wir fördern. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Aufwandsentschädigungen für geleistete Ehrenamtsarbeit voll umfänglich anrechnungsfrei auf Arbeitslosengeld II (Hartz IV) sind.

Antrag P077
Zeile 863, S. 23
AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber, KV Bad Dürkheim
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 863

Zeile 863: Bildungspflicht statt Schulpflicht

Antrag P078
Zeile 864, S. 23
AntragstellerIn: KV Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 864

Ergänzung in Zeile 864 nach Ganztagsangebot „unter Einbeziehen lokaler Vereine und Verbände zur Tagesgestaltung über den klassischen Unterricht hinaus

Antrag P079
Zeile 865, S. 23
AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber, KV Bad Dürkheim
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 865

Zeile 865: neuer Spiegelstrich: Lehr- und Lernmittelfreiheit
Neuer Spiegelstrich: Bundeswehr raus den Schulen

Antrag P080
Zeile 867, S. 23
AntragstellerIn: Frank Eschrich, KV Pirmasens
Antragsgegenstand: Neufassung in Zeile 867

Neuformulierung:
Die Rücknahme der Streichung von 2.000 Lehrerplanstellen und 1.500 zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer sowie pädagogisches Fachpersonal

Antrag P081
Zeile 874, S. 24
AntragstellerIn: Frank Eschrich, KV Pirmasens
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 874

874 streichen „Abschaffung des Frontalunterrichts“ und ersetzen durch
Weiterentwicklung der Unterrichtsmethodik nach skandinavischem Vorbild

Antrag P082
Zeile 874, S. 24
AntragstellerIn: KV Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 874

Streichen: im Spiegelstrich in Zeile 874 den Passus „Abschaffung des Frontalunterrichts nach skandinavischen Vorbild, verstärkte Anwendung reformpädagogischer Konzepte“
Begründung:

Frontalunterricht ist nicht per se schlecht und Reformpädagogik nicht per se Allheilmittel. Mit dieser Formulierung würden wir auch reformpädagogischen Konzepten, die in ihren Ideen und ihren inhaltlichen Grundlage sicher nichts mit linker Politik zu tun haben, befördern.

Antrag P083
Zeile 878, S. 24
AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber, KV Bad Dürkheim
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 878

Zeile 878 neuer Spiegelstrich: Kitas als Bildungseinrichtung anzuerkennen

Antrag P084
Zeile 879, S. 24
AntragstellerIn: Frank Eschrich, KV Pirmasens
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 879

Kitas müssen gebührenfrei bleiben! Wir wollen gebührenfreie und qualitativ hochwertige vorschulische Bildung

Antrag P085
Zeile 881, S. 24
AntragstellerIn: KV Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 881

Zusätzlicher Spiegelstrich nach Zeile 881
„Die Einführung von kommunalen KiTa Platzvergabesystemen, welche die Organisation und den Zugang zur KiTa von Seiten der Eltern als auch der KiTas erleichtern
Begründung:
Die Vergabe von KiTa Plätzen funktioniert vielerorts nur auf Eigeninitiative der Eltern und leidet unter mangelnder Organisation und Kommunikation der KiTas und Eltern. Um den Vergabevorgang zu erleichtern fordert DIE LINKE in Rheinland-Pfalz die Einführung eines vereinheitlichten Vergabesystems welche alle KiTas einer Kommune erfasst. Dieses System soll die regionale Nähe und schnellstmögliche Erreichbarkeit der KiTa berücksichtigen und ein ungerechtfertigtes „first com, first serve“ Prinzip ausschließen. Durch die Digitalisierung soll dabei sowohl der Aufwand an kommunaler Verwaltung als auch unnötige Komplikationen für KiTas und Eltern reduziert werden.

Antrag P086
Zeile 885, S. 24
AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber, KV Bad Dürkheim
Antragsgegenstand: Streichung in Zeile 885

Zeile 885: streichen: Deren Muttersprache nicht Deutsch ist

Antrag P087
Zeile 887, S. 24
AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber, KV Bad Dürkheim
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 887

Zeile 887 neuer Spiegelstrich: Schülerticket für alle Grundschulkinder

Antrag P088
Zeile 888, S. 24
AntragstellerIn: KV Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Streichung in Zeile 888

Streichen in Zeile 888 das Wort „bedingungsloses“
Begründung: es hat hier keine Bedeutung, erfolgt mündlich

Antrag P089
Zeile 896, S. 24
AntragstellerIn: KV Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 896

Zusätzlicher Spiegelstrich nach Zeile 896
„Eine Studienplatzvergabe, welche die maximale Anzahl von Neueinschreibungen an den tatsächlichen Kapazitäten orientiert“
und
„die bedarfsorientierte Finanzierung von Schulen und Universitäten die sich nach der Spezialisierung der jeweiligen Schul- und Universitätsform ausrichtet.
Begründung:
Ein großer Anteil der Finanzierung der Universitäten und ihrer einzelnen Fachbereiche richtet sich derzeit nach den Zahlen der Ersteinschreibungen. Dies hat zur Folge, dass die Fachbereiche einer Universität ihre Kapazitäten massiv überschreiten, um ihre finanzielle Lage zu verbessern. Um zu gewährleisten, dass die Kapazitäten dennoch ausreichen wird in den ersten Semestern ein erschreckend hoher Schwierigkeitsgrad angewandt, der zu riesigen Durchfallquoten führt. Dieses System reduziert die Studierenden auf ihren finanziellen Nutzen und führt zur massenhaften Zerstörung der Zukunft eben jener Studierenden die dem Aussieben zum Opfer fallen. Die Linke RP fordert daher die Zahl an Ersteinschreibungen an den tatsächlich vorhandenen Kapazitäten zu bemessen.
Die Linke Rheinland-Pfalz sieht es als wichtig an, die Finanzierung von Schulen und Universitäten differenzierter zu verwirklichen. Spezialisierte Schulen und Universitäten haben je nach Art ihrer Spezialisierung einen erhöhten Bedarf an Raumausstattung und Finanzierung. Diese Differenzierung muss ausgebaut und den realen Anforderungen gerecht werden.

Antrag P090
Zeile 897, S. 24
AntragstellerIn: Tupac Orellana Mardones
Antragsgegenstand: Ergänzung ab Zeile 897

Nach Z.897 wird eingefügt:
Die Einführung und Einhaltung einer Zivilklausel muss sichergestellt werden
Begründung:
Häufig werden an deutschen Universitäten Projekte betrieben, die schlussendlich der Rüstungsforschung dienen. Die Universitäten und Hochschulen sollten jedoch friedliche Orte sein, die ziviler Forschung nachgehen. Hier muss sich DIE LINKE für die Zivilklausel an alles Hochschulen in Rheinland-Pfalz einsetzen.

Antrag P091
Zeile 910, S. 24
AntragstellerIn: LAG queer RLP

Antragsgegenstand: Streichung in Zeile 910

Zeile 910 „klassischen“ streichen

Antrag P092
Zeile 912, S. 24
AntragstellerIn: LAG queer RLP
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 912

Zeile 912 mit schwulen und lesbischen Eltern ersetzen durch:
Partnerschaften und Familien „mit queeren Lebensformen“

Antrag P093
Zeile 914, S. 25
AntragstellerIn: Milena Mess, Kai Follmann, Julian Theiß, Sarah Schwarzrock
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 914

Feminismus und Emanzipation
Die Linke RLP bekennt sich zu ihren feministischen und emanzipatorischen Grundsätzen und fordert die sofortige umfassende Gleichbehandlung von allen Geschlechtern.
Nach wie vor sind vor allem Frauen von höherer Arbeitslosigkeit, Diskriminierung, prekären Arbeitsverhältnissen, Sexismus und sexuellen Übergriffen betroffen.
Frauen verdienen nach wie vor bis zu einem Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen. Darüber hinaus sind Frauen meist auf Halbtagsjobs angewiesen, um Familie und Beruf in Einklang bringen zu können, wodurch sie Karriere-, Einkommens- und Renteneinbußen hinnehmen müssen, weshalb sie in besonderem Maße von der Altersarmut betroffen sind. Dazu ist es alarmierend, dass in nahezu allen Sektoren die Chefposten von Männern dominiert werden. Hier besteht eingehender Handlungsbedarf in Form einer verbindlichen Frauenquote, die jedoch als mittelfristige Maßnahme zur Sicherung einer echten Chancengleichheit verstanden werden soll. Langfristig muss das Ziel sein, in allen Bereichen die Quote nicht mehr zu benötigen, da sie nicht als das Allheilmittel für einen emanzipatorischen Prozess sein kann.
In den sozialen Berufsgruppen (Care-Arbeit), der Reinigungsbranche und im Tourismus sind Frauen überproportional häufig beschäftigt. In diesen, aber auch vielen anderen Berufen sind Frauen, auch aufgrund von Babypausen oft im Niedriglohnsektor beschäftigt und kommen nur schwer über diese Einkommensklasse hinaus. Die Linke fordert nicht nur eine deklaratorische Aufwertung der Berufe durch Wertschätzung, sondern eine ordentliche Vergütung die einer Gleichwertigkeit mit anderen Berufen Rechnung trägt.
Auch sind Frauen am stärksten sexueller und körperlicher Gewalt ausgesetzt, sowohl im häuslichen Bereich, als auch im Arbeitsumfeld. Die Linke setzt sich für eine umfassende, schnelle und unbürokratische erste Anlaufstelle und Unterstützung aller Opfer ein.
DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:

1) Chancengleichheit gesetzlich sichern
2) Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit
3) Anonymisierte Offenlegung der Gehaltslisten aller Unternehmen
4) Einführung der Frauenquote bei Führungspositionen
5) Angemessene Vergütung und Aufwertung der frauentypischen Berufsgruppen, speziell bei sozialen Tätigkeiten im Pflege- und Erziehungssektor
6) Finanzielle dauerhafte Sicherung von Frauenhäusern und umfassender Seelsorgebetreuung
7) Bessere Betreuung und Schutzmaßnahme bei Übergriffen jeglicher Art durch Einführung einer speziellen Anlaufstelle in allen Polizeidienststellen
8) Mehr Unterstützung Alleinerziehender durch Tagesbetreuungsgarantie
9) Mehr Aussteiger*innenprogramme für Prostituierte und Einführung von Präventivmaßnahmen für gefährdete Personengruppen

Antrag P094
Zeile 916, S. 25
AntragstellerIn: LAG queer RLP
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 916

Zeile 916 Einfügen eines neues Punktes 4
4. Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fördern – Gegen Homo- und Transphobie
Ausgrenzung, Diskriminierungen, Beleidigungen und auch Gewalt immer noch bittere Realität für Schwule, Lesben und Transgender in Rheinland-Pfalz. Noch viel zu viele Menschen können in der Öffentlichkeit, in Schulen oder bei der Arbeit ihre Identität nicht frei und offen zeigen, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Der derzeitige Aktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ muss beibehalten, ausgebaut und weiterentwickelt werden. Insbesondere die landesweiten Projekte schlau und queernet müssen von Landesebene gefördert werden.
DIE LINKE fordert in der Betreuung und Unterbringung von Geflüchteten ein besonderes Augenmerk auf die Belange von Geflüchteten mit LGBTTIQ-Hintergrund (lesbisch-schwul-bisexuell-transsexuell-transgender-intersexuell und queer) zu legen. Da Geflüchtete mit LGBTTIQ-Hintergrund häufig in besonderem Maße von Diskriminierung und Übergriffen betroffen sind, fordert DIE LINKE, dass diese Menschen vorrangig von Anfang an in Wohnungen untergebracht werden. DIE LINKE fordert Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiter_innen in den Erstaufnahmeeinrichtungen die speziell auf die Belange von Geflüchteten mit LGBTTIQ-Hintergrund ausgerichtet sind sowie nach Bedarf die Neueinstellung von speziell geschulten Mitarbeiter_innen, um eine bedarfsgerechte Betreuung und Beratung für diese Personengruppe gewährleisten zu können.
Nach Jahrzehnten des Kampfes für Emanzipation gehen die ersten Generationen offen lebender Lesben und Schwuler in Rente und haben einen Anspruch auf Achtung und Respekt auch in Betreuung und Pflege. Wir wollen vielfältige Initiativen freier Träger in diesem Bereich unterstützen und weitere ermöglichen. Auch die Aids-Prävention und Integration von HIV-positiven Menschen wollen wir weiter stärken und Homosexualität im Sport besser in die Akzeptanzarbeit einbeziehen.
Alternative Lebensentwürfe gehören in Lehrpläne und Schulbücher. Dafür bedarf es der gemeinschaftlichen Anstrengung aller Beteiligten. Diese wollen wir initiieren und moderieren.
DIE LINKE. Rheinland Pfalz fordert:
Unterstützung der Projekte SchLAu und Queernet durch das Land
Fortführung des Aktionsplanes Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen
Beachtung besondere Belange von LGBTTIQ Flüchtlingen
Unterstützung von Aids Prävention und Integration von HIV positiven Menschen

Antrag P095
Zeile 956, S. 26
AntragstellerIn: Michael Stienz, KV Vulkaneifel
Antragsgegenstand: Ergänzung Zeile 956

Wieder Einführung von Andy (Abruf Taxi) zu den normalen Bus-Tarifen und deren Begünstigungen für Schwerbehinderte, Schüler und frei Fahrten für Hartz V Empfänger.

Antrag P096
Zeile 956, S. 26
AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber, KV Bad Dürkheim
Antragsgegenstand: Ergänzung Zeile 956

DIE LINKE setzt sich für bezahlbaren Wohnraum ein und wird sich entschieden gegen alle Bestrebungen wenden, die eine Gentrifizierung einzelner Stadtgebiete zur Folge hat.

Antrag P097
Zeile 958ff, S. 26
AntragstellerIn: Andreas Beck (Bad Dürkheim), Martin Thomas Horsch (Kusel), Florian Westphal (Kusel)
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 958ff

Die Zwischenüberschrift auf **Z. 958** ist zu ersetzen durch:
Verkehrspolitik
Begründung:
Im Moment besteht der Abschnitt "Wohnen, Bus und Bahn, Verkehr" aus genau zwei Zwischenabschnitten: "Wohnen ist ein Menschenecht" und "Bus und Bahn". Damit gibt es keinen Ort im Programm, an dem wir uns unmittelbar zum Straßenbau und zum Individualverkehr äußern. In strukturschwachen Räumen wird es nicht gelingen, den gesamten Pendlerverkehr vom Individualverkehr auf den ÖPNV zu verlagern, erst recht nicht kurzfristig.
Ein Bus fährt zwar auch auf der Straße, dennoch wird diese Überschrift der Problematik nicht wirklich gerecht.
Direkt im Anschluss an den aktuellen Inhalt von **Z. 999** ist zu ergänzen:
Einen neuen Rheinübergang bei der Loreley darf es nicht geben, denn dieser würde den einzigartigen Charakter der Landschaft zerstören. Verkehrspolitisch sinnvoll ist der Bau einer Rheinbrücke bei Oppenheim zur Vereinigung von B24 und B420.
Begründung:
Die Frage der Rheinbrücken wird im vorliegenden Programmentwurf nicht sinnvoll behandelt. Ganz vorne im Vorwort wird dies zu einem der entscheidenden Probleme erklärt: "Auch wenn die Grünen sich heute gegen eine Brücke über den Mittelrhein aussprechen [...]" auf den Zeilen 45–47. Im gesamten dann folgenden Wahlprogramm positioniert sich DIE LINKE zu dieser Frage dann aber überhaupt nicht, was die Kritik an den Grünen als wenig gerechtfertigt erscheinen lässt. Ohne eine schlüssige Stellungnahme zu entscheidenden Problemen der Infrastruktur im Land Rheinland-Pfalz sollten wir nicht zur Wahl antreten.
Dieser Antrag schlägt eine Lösung vor, die nicht infrastrukturfeindlich ist, ein echtes Problem löst (nämlich das der absolut unzureichenden Verkehrsführung zwischen Worms und Darmstadt) und auch den Landschaftsschutz angemessen berücksichtigt.
In **Z. 1179** ist der folgende Teil eines Spiegelstriches zu streichen:

- die Zerschneidung natürlicher Lebensräume durch Straßen- und Schienenbau [... "unter Landschaftsschutzaspekten eng zu begrenzen"]

Begründung:
Der Natur darf kein genereller Vorrang gegenüber der Kultur eingeräumt werden. Eine verantwortungsbewusste Umweltplanung ist unverzichtbar, diese sollte aber keine enge Begrenzung, sondern vielmehr einen Leitfaden für die im Land dringend benötigten Infrastrukturinvestitionen darstellen.
Der derzeitige Text auf **Z. 1234** [...] Touristen wollen eine intakte Umwelt. [...]
ist wie folgt zu ergänzen:
[...] Touristen wollen eine intakte Umwelt und schätzen insbesondere die durch Menschenhand gewachsenen Kulturlandschaften wie etwa die Weinbauregionen in Rheinland-Pfalz. [...]
Begründung:
Touristen reisen nach Portugal, um sich in ruhigen Fischerdörfern zu erholen, sie wandern über die Hügel Schottlands (früher dichter Wald) und den Schwarzwald (früher von Laubbäumen dominiert). Die Weinbauregionen sind besonders stolz auf ihre Kulturlandschaften. Die menschliche Zivilisation ist für den Menschen die beste Umgebung, auch um zu sich selbst zu finden und sich zu entspannen.
Der derzeitige Inhalt auf **Z. 1403ff**. [...] Die BASF Ludwigshafen hat dazu bereits 2013 in der Öffentlichkeit verkündet, dass das Unternehmen Fracking-Methoden erforschen wolle und den Einsatz von Fracking im In- und Ausland prüfe. [...]
ist wie folgt zu ändern:
[...] Auch deutsche Energiekonzerne und die chemische Industrie ziehen eine Ausbeutung dieser Vorkommen bereits in Erwägung. [...]
Begründung:

Die BASF SE ist mit Sicherheit nicht das einzige Unternehmen, das diese Möglichkeit prüft, auch nicht in Deutschland; z.B. ist auch RWE bekanntermaßen in dieser Richtung aktiv. DIE LINKE kämpft angesichts der nachgewiesenen Risiken zurecht dafür, Fracking allgemein zu verbieten. Nicht wegweisend ist es dagegen, ein einzelnes Unternehmen an den Pranger zu stellen, wo eine ganze Branche reguliert werden muss.
Der derzeitige Inhalt auf **Z. 1934ff**. [...] Stattdessen treten wir demokratischen Sozialismus ein, in dem nicht der Profit, sondern allein die Bedürfnisse von Menschen und Natur im Zentrum stehen. [...]
ist wie folgt zu ändern:
[...] Stattdessen treten wir für den demokratischen Sozialismus ein, in dem nicht der Profit, sondern die Bedürfnisse des Menschen im Mittelpunkt stehen. [...]
Begründung:
Für uns Sozialisten steht der Mensch im Mittelpunkt, nicht "Mensch und Natur".
Im ersten Satz war sicher gemeint, "wir treten für den demokratischen Sozialismus ein", nicht wir treten den demokratischen Sozialismus ein. Bitte redaktionell ändern.

Antrag P098
Zeile 961, S. 26
AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber, KV Bad Dürkheim
Antragsgegenstand: Ergänzung Zeile 961

...öffentliches **und barrierefreies** Personenverkehrssystem ...

Antrag P099
Zeile 965, S. 26
AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber, KV Bad Dürkheim
Antragsgegenstand: Ergänzung Zeile 965

Es gibt genügend Vorbilder, ob Tallinn in Estland oder viele Gegenden in Frankreich, Der Ticketfreie Öffentliche Personennahverkehr zeigt, dass die Auslastung der einzelnen Strecken steigt und das Argument für Strecken- oder Haltestellenschließungen nicht mehr greift.

Antrag P100
Zeile 979, S. 26
AntragstellerIn: Jochen Bülow, KV Neuwied
Antragsgegenstand: Ergänzung Zeile 979

Ergänzung ab Zeile 979:
DIE LINKE wird im Landtag eine landesgesetzliche Regelung beantragen, die den Kommunen ein Belegungsrecht für leerstehende Wohnungen einräumt. Dieses Belegungsrecht soll spätestens nach einjährigem Leerstand greifen und setzt die Zahlung eines angemessenen Mietzinses voraus. Das kommunale Belegungsrecht soll ggfls. auch gegen den Willen des Eigentümers durchgesetzt werden können, da Wohnungen kein Spekulationsobjekt sind, sondern der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum dienen.

Antrag P101
Zeile 985 - 987, S. 26
AntragstellerIn: Sebastian Knopf
Antragsgegenstand: Ersetzung ab Zeile 985 - 987

Ich beantrage, dass folgender Absatz auf Seite 26, Zeilen 985 bis 987, gestrichen wird:

Um diese Ziele zu verwirklichen, müssen die regionalen Verkehrsverbünde dem wachsenden Einfluss privater Verkehrsunternehmen entzogen und demokratisiert werden.
Ersetzt soll der Absatz werden durch:
Um diese Ziele zu verwirklichen, müssen unteranderem Verkehrsverbünde zusammengelegt werden, zum Beispiel denn Rhein-Nahe-Verbund mit dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar oder dem Verkehrsverbund Rhein-Mosel. Weiterhin muss der Landkreis Westerwald sich endlich einem Verkehrsverbund anschließen. Zudem müssen die Aufgabenträger, also Landkreise und kreisfreie Städte sowie die Zweckverbände Schienenpersonennahverkehr Nord und Süd, finanziell so ausgestattet werden, dass sie in der Lage sind, nicht nur den Status quo zu erhalten, sondern auch zusätzliche Angebote bei Bus und Bahn zu schaffen.

Antrag P102
Zeile 1001 - 1005, S. 27
AntragstellerIn: Sebastian Knopf
Antragsgegenstand: Ersetzung ab Zeile 1001 - 1005

Weiterhin beantrage ich, dass der Absatz in den Zeilen 1001 bis 1005 auf Seite 27 gestrichen wird:
Die Landesregierungen der letzten Jahrzehnte haben es verpasst, den Öffentlichen Nahverkehr in Rheinland Pfalz zukunftssicher zu finanzieren. Stattdessen wurden Schienennetze stillgelegt, Buslinien privatisiert und den Profitinteressen der Unternehmer unterworfen. DIE LINKE setzt sich dem gegenüber für einen Ausbau des öffentlichen Nah-, Regional- und Fernverkehrs in Rheinland-Pfalz ein.
Dieser soll ersetzt werden durch:
Das Land Rheinland-Pfalz muss sich für eine deutliche Erhöhung der Regionalisierungsmittel einsetzen. Nur so ist es in Zukunft möglich, den Rheinland-Pfalz-Takt weiter auszubauen und insbesondere die Politik der Streckenreaktivierungen fortzusetzen. DIE LINKE setzt sich für einen Ausbau des öffentlichen Nah-, Regional- und Fernverkehrs in Rheinland-Pfalz ein.

Antrag P103
Zeile 1008, S. 27
AntragstellerIn: Michael Stienz, KV Vulkaneifel
Antragsgegenstand: Ergänzung Zeile 1008

keine Zwangsabgabe für die Nahverkehrsabgabe einführen.

Antrag P104
Zeile 1013, S. 27
AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber, KV Bad Dürkheim
Antragsgegenstand: Ergänzung Zeile 1013

Die Mautgebühren mögen vielleicht die Taschen der Bundesregierung füllen, für Rheinland Pfalz bedeuten die Mautgebühren ein erhebliches zusätzliches Verkehrsaufkommen auf den Bundes- und Landstraßen. Hier ist eine erhebliche Nachbesserung auf der Bundesebene zu erreichen.

Antrag P105
Zeile 1048 - 1062, S. 28
AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber, KV Bad Dürkheim
Antragsgegenstand: Ergänzung Zeile 1048 - 1062

Zeile **1048** neuer Spiegelstrich: keine Gentrifizierung unserer Wohnquartiere
Zeile **1059**: einkommensabhängiges ersetzen durch kostenloses
Zeile **1062**: Schülerinnen und Schüler ab der 1. Klasse

Antrag P106
Zeile 1084ff, S. 29
AntragstellerIn: Marco Burbach, KV Bitburg
Antragsgegenstand: Umformulierung ab Zeilen 1084ff

Tierschutzgedanken stärken, Tierschutz verwirklichen
DIE LINKE. In Rheinland-Pfalz wird sich aktiv dafür einsetzen, dass endlich Tierschutzziele durchgesetzt und verwirklicht werden. Wir streben eine Lösung für eine aufgabengerechte Finanzierung der Tierheime an, forcieren die Entwicklung eines Berufsbildes „Tierheimpfleger“ und die Verankerung des Tierschutzgedankens in den Lehrplänen. Außerdem befürworten wir die Finanzierung der Kastration wilder Katzen. Darüber hinaus sieht DIE LINKE. RLP gesetzlichen Handlungsbedarf: Wir wollen die Implementierung des vollständigen Verbandsklagerechtes für Tierschutzverbände, wie dies den Naturschutzorganisationen seit Jahren eingeräumt ist.
Massentierhaltung muss verboten werden. Hier ist steter Druck auf die Bundesregierung auszuüben. Die Haltungs- und Transportbedingungen von Nutztieren müssen stärker auf das Tierwohl ausgerichtet sein, der Einsatz von Antibiotika in der Lebensmittelproduktion muss reduziert werden.
Landwirtschaft sozial ökologisch umbauen
Landwirtschaft gehört zu den Schlüsselbereichen des sozial-ökologischen Umbaus. DIE LINKE setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume ein, welche regionale Wertschöpfung befördert, existenzsichernde Arbeitsplätze schafft, Klima und Ressourcen schützt und im Sinne einer gerechteren Welthandelsordnung agiert.
Stärkung regionaler Kreisläufe:
DIE LINKE. RLP will eine Landwirtschaft, die umweltverträglich ist, einen Beitrag zur regionalen Lebensmittel- und Rohstoffproduktion und zur Erhaltung der Kulturlandschaft leistet. Eine solche Landwirtschaft ist ein grundlegender Bestandteil des sozialökologischen Umbaus. Wir wollen die Förderpolitik diesbezüglich neu ausrichten.
Wir stehen ein für eine flächendeckende nachhaltige Land- und Forstbewirtschaftung sowie Gartenbau und Fischereiwirtschaft mit regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen. Die Wiederherstellung der Selbstvermarktung und somit die Preissicherung durch regionale Wertschöpfung muss gefördert werden.
Wir setzen uns für kostendeckende Milchpreise und eine Stärkung der Milcherzeuger ein. Auch hier muss durch Investitionsprogramme die Direktvermarktung vor Ort gefördert werden.
Die hier tätigen Betriebe sollen in die Lage versetzet werden, den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen sowie den Anforderungen des Verbraucher-, Natur- und Tierschutzes gerecht zu werden.
Wir wollen das bäuerliche Eigentum schützen und die überbetriebliche Zusammenarbeit fördern. Agrargenossenschaften sind für uns positive Beispiele für demokratisch verfasste, gemeinschaftsorientierte Unternehmen.
Die Vielfalt der Eigentumsformen erkennen wir unter den Prämissen an, dass landwirtschaftlicher Boden kein Spekulationsobjekt sein darf und der Boden möglichst denen gehören soll, die ihn bewirtschaften.
Wir wollen, dass die Landwirtschaft insgesamt umweltverträglicher wird, Nutztiere artgerecht gehalten werden und auch arbeitplatzintensive Wirtschaftsbereiche, z.B. Milchvieh-, Schweine- und Schafhaltung, ihren Platz behalten und ausgeweitet werden.
Auch der ökologische Landbau soll ausgebaut werden. Dazu wollen wir die öffentlichen Mittel der EU und des Bundes und die Landesmittel zielgerichtet für Umwelt- und Sozialleistungen vergeben. Generell soll die Erhaltung von naturschutzfachlich wertvollem Grünland besonders unterstützt werden.
Die Produktion von Lebensmitteln hat Vorrang vor Biomasseerzeugung zur Energiegewinnung, Agrorohstoffe dürfen nur aus zertifiziertem nachhaltigem Anbau kommen.
Zudem wollen wir über den gezielten Einsatz der Fördermittel die Biodiversität stärken und damit bspw. Bienen und andere Bestäuber schützen. Unser Ziel ist, dass sich alle Menschen gesunde und ökologisch produzierte Lebensmittel leisten können.
Prinzipiell müssen landwirtschaftliche Produkte so veredelt und weiterverarbeitet werden, dass sie hohen Sicherheitsstandards genügen.
DIE LINKE will den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft verhindern.

Die Alterssicherung der LandwirtInnen soll verbessert und mittelfristig in gesetzliche Krankenversicherung eingebunden werden.

Antrag P107
Zeile 1084ff, S. 29
AntragstellerIn: KV Trier-Saarburg, Marco Burbach
Antragsgegenstand: Ergänzung Milchbauern

Die Region Rheinland-Pfalz ist überwiegend geprägt von kleinen und mittelständischen Landwirtschaftsbetrieben. Durch eine falsche Agrarpolitik respektive einer Machtkonzentration auf Seiten der Molkereien und des Handels hat sich jedoch in den letzten Jahren und Monaten eine massive, strukturelle Umverteilung durchgesetzt, die zur Zerstörung unserer Kulturlandschaft Rheinland-Pfalz führen kann. Mit der Aufhebung der Milchquote und dem daraus resultierenden Preisverfall auf 27 Cent pro Liter für die milcherzeugenden Betriebe, können diese nicht mehr kostendeckend arbeiten und sind in ihrer Existenz bedroht. Diese vernichtenden Preise sind Ursache dafür, dass viele Betriebe hoch verschuldet sind (viele noch von den letzten Krisen 2008 und 2012) und kurz vor dem Ruin stehen bzw. ihnen Übernahmen durch Großinvestoren drohen. Ein sämtliche Kosten deckender, fairer Milchpreis, der die artgerechte Haltung der Tiere, das Futtermittel, Tierarztkosten, Wartung der Maschinen, angemessene Bezahlung der Angestellten etc. beinhaltet, liegt bei 50 Cent.
Die derzeitig angestrebte Wachstumsstrategie und Exportorientierung dient nur den großen internationalen Nahrungsmittelkonzernen, die mit billigen, subventionierten Produkten die einheimischen Märkte u.a. in Afrika und Asien zerstören. Die Landwirte in Rheinland-Pfalz sind nicht daran interessiert, mit ihren Produkten anderen Landwirten die Lebensgrundlage zu zerstören, sondern wollen ihre Produkte in einem gut funktionierenden Binnenmarkt zu fairen, kostendeckenden Preisen verkaufen. Die momentane Tendenz zu großen, durchrationalisierten Betrieben, die nur auf Menge und nicht auf Qualität produzieren, schädigt die Umwelt und verstößt gegen den Tierschutz. DIE LINKE. ist gegen Massentierhaltung, in der Hormone und Unmengen Antibiotika eingesetzt werden zulasten von Tier und Mensch.
DIE LINKE unterstützt die kleinen und mittelständischen Milchviehbetriebe mit ihren Forderungen, den Milchpreis zu stabilisieren, denn Milch ist ein wichtiges Lebensmittel, das nicht zum Spekulationsobjekt von Großkonzernen werden darf. Wir unterstützen die Forderungen des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter e.V., die ein eigenes Konzept vorgelegt haben, wie sie mithilfe eines effektiven 3-stufigen Krisenmanagements u.a. in Form eines Frühwarnsystems die Milchmenge selbst organisieren können und eine Marktanpassung effektiv vorgenommen werden kann. Das Milchmarkt-Krisenmanagement beinhaltet die Einrichtung einer staatlichen Monitoringstelle, die eine permanente Marktbeobachtung & -analyse durchführt. Diese kann bei einer Milchüberproduktion eine Frühwarnung herausgeben und entsprechende notwendige Schritte zur Marktanpassung vornehmen. Zum Beispiel können darüber Landwirte, die freiwillig ihre Milchproduktion drosseln unterstützt werden.
DIE LINKE unterstützt alle Formen der Kooperation und Zusammenarbeit, die eine Stärkung der Erzeugerinnen und Erzeuger beinhaltet. Dazu gehört unter anderem auch die Förderung und Umsetzung von demokratischen Genossenschaften und solidarwirtschaftlichen Modellen in der Landwirtschaft, die eine regionale Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln betreiben. Die Vielfalt der Eigentumsformen erkennen wir unter den Prämissen an, dass landwirtschaftlicher Boden kein Spekulationsobjekt sein darf und der Boden möglichst denen gehören soll, die ihn bewirtschaften bzw. zu fairen Preisen gepachtet werden kann. Wir wollen, dass die Landwirtschaft insgesamt umweltverträglicher wird, Nutztiere artgerecht gehalten werden und auch arbeitsplatzintensive Wirtschaftsbereiche, z. B. Milchvieh-, Schweine- und Schafhaltung, in Rheinland-Pfalz ihren Platz behalten und ausgeweitet werden. Auch der ökologische Landbau soll ausgebaut werden. Dazu sollen die öffentlichen Mittel der EU und des Bundes und die Landesmittel zielgerichtet für Umwelt- und Sozialleistungen vergeben werden. Unser Ziel ist eine flächen- und umweltschonende sowie energie- und kostensparende landwirtschaftliche Infrastruktur. Die LINKE lehnt jegliche Konzentration von Marktmacht ab, weil sie die regionalen Wirtschaftskreisläufe zerstört.

Antrag P108
Zeile 1115 – 1120, S. 29
AntragstellerIn: KV Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 1115 - 1120

Zeile 1115 bis 1120 ersetzten durch:
DIE LINKE setzt sich ein für ein Förderprogramm für naturnahe Waldbewirtschaftung und dem Ausbau der Beratungsmöglichkeiten für die ca. 100000 Privatwaldbesitzer mit einer maximalen Fläche von 1-2 Hektar mit.
Begründung:
Es gibt in Rheinland-Pfalz sehr wenig große Waldbestände in Privatbesitz. Diese Waldbesitzer bewirtschaften ihre Wälder gewinnbringend auch ohne Zuschüsse. Es gibt dafür aber ca. 100000 Waldbesitzer mit einer max. Fläche von 1-2 Hektar. Es wäre wesentlich sinnvoller für diese Waldbesitzer etwas zu fordern als eine nicht nachvollziehbare kostendeckende Beförsterung zu fordern. Eine kostendeckende Beförsterung macht in sich keinen Sinn, denn ein Unternehmen wir einen Wald für einen Waldbesitzer nur dann bewirtschaften, wenn es damit Gewinn erwirtschaften kann und nichts anderes meint Beförsterung.

Antrag P109
Zeile 1120 - 1129, S. 30
AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber, KV Bad Dürkheim
Antragsgegenstand: Ergänzung Zeile 1120 - 1129

Zeile **1120**: DIE LINKE spricht sich für Ersatzaufforstung aus.
Zeile **1129**: DIE LINKE spricht sich gegen Massentierhaltung aus.

Antrag P110
Zeile 1148f, S. 30
AntragstellerIn: Martin Horsch (Kusel), Rudolf Uher (Kusel), Florian Westphal (Kusel)
Antragsgegenstand: Streichung in Zeilen 1148f

Der derzeitige Inhalt auf Z. 1148f.
[...] Eine solche Landwirtschaft ist ein grundlegender Bestandteil des sozialökologischen Umbaus. [...]
ist wie folgt zu ändern:
[...] Eine solche Landwirtschaft ist ein grundlegender Bestandteil unserer Agrarpolitik. [...]

Antrag P111
Zeile 1152 – 1153, S. 30
AntragstellerIn: KV Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Streichung in Zeile 1152 - 1153

Streichen: Zeile 1152 bis 1153 hinter .....kein Spekulationsobjekt sein darf.
Begründung:
Der Rest des Satzes widerspricht dem tradierten Pachtsystem und würde damit die landwirtschaftlichen Strukturen gerade für kleine Betriebe zerstören.

Antrag P112
Zeile 1170, S. 31
AntragstellerIn: KV Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 1170

Einsetzen

Zeile 1170 nach Rheinland-Pfalz einsetzen „nach umfassender Prüfung der Gebiete“
Begründung: erfolgt mündlich

Antrag P113
Zeile 1205, S. 32
AntragstellerIn: KV Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 1205

Einfügen eines zusätzlichen Spiegelstrichs nach Zeile 1205
Alle Möglichkeiten auszuschöpfen um ein Verbot von Glyphosat (Pestizid) durchzusetzen
Begründung: Glyphosat gilt als der meistverwendete Pestizidwirkstoff der Welt. Die Hersteller haben die erneute EU-Zulassung des Pflanzenvernichtungsmittels für weitere zehn Jahre beantragt. Die Entscheidung darüber wurde jetzt um ein halbes Jahr bis Mitte 2016 verschoben, weil starke Zweifel an der Glyphosat-Unbedenklichkeitsbescheinigung der für die Risikoprüfung zuständigen deutschen Behörde aufgekommen sind.
Das Allround-Ackergift Glyphosat tötet jede Grünpflanze – es sei denn, sie ist entsprechend gentechnisch verändert oder durch jahrelangen massiven Glyphosateinsatzes gegen den Stoff resistent geworden. Hersteller Monsanto und Zulassungsbehörden betonen seit der Markteinführung in den 1970er Jahren bis heute die Harmlosigkeit des Gifts, obwohl es schon lange viele Hinweise auf massive Gesundheitsgefahren u.a. auf eine für Menschen krebserregende Wirkung, gibt.

Antrag P114
Zeile 1208, S. 32
AntragstellerIn: KV Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 1208

Streichen in Zeile 1208 das Wort „Digitalisierung“:
Begründung:
auf diesen Begriff wird im folgenden Text nicht eingegangen

Antrag P115
Zeile 1208ff, S. 32
AntragstellerIn: Simon Bludovsky und andere, Forum demokratischer Sozialismus RLP
Antragsgegenstand: Größere Änderungen Kapitel 5) und 6)

Wir beantragen den Punkt „Tourismus“ aus Kapitel 6) in das vorhandene Kapitel 5) zu integrieren. Weiterhin müssen im Kapitel 5) Regionale Wirtschaftskreisläufe nach folgendem Vorschlag angesprochen werden:
„Regionale Wirtschaftskreisläufe, Landwirtschaft und Tourismus müssen endlich in einem Atemzug genannt werden. Die direkte Vermarktung ökologischer und vor Ort produzierter landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Güter hat in vielen Regionen von Rheinland-Pfalz Tradition. Dies zu unterstützen und stärker als bisher für die Dorfgemeinschaft, bspw. durch einen genossenschaftlich betriebenen Dorfladen, nutzbar zu machen; aber auch in touristische Konzepte einzugliedern hat die Landesregierung bisher versäumt.“
Begründung:
Wir glauben, wenn man über sanften Tourismus spricht, muss sich dies nicht nur in den Worten wiederfinden – sondern eben auch in der Zuordnung.
Tourismus gehört für uns LINKE in RLP wohl eher in den Bereich der Umwelt und Landwirtschaft, als zu Finanzen und Digitalisierung.
Deshalb fordern wir die „Umsiedelung“ des Punktes von Kapitel 6 in Kapitel 5.
Darüber hinaus glauben wir, dass regionale Wirtschaftskreisläufe als diese benannt stärker im Programm vorkommen müssen und haben deswegen einen kleinen Absatz zur Verbindung des Landwirtschafts- mit dem Tourismusteil verfasst.

Antrag P116
Zeile 1230, S. 32
AntragstellerIn: KV Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 1230

Einfügen Zeile 1230 „Beachtung des strikten Konnexitätsprinzips. Wir unterstützen deshalb die Klage der Kommunen gegen das Land, die die Umsetzung erzwingen soll. Zudem fordern wir statt pauschaler Entschädigungen die Einführung von Spitzabrechnungen zur Ermittlung der tatsächlich entstandenen Kosten."

Antrag P117
Zeile 1267, S. 33
AntragstellerIn: KV Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 1267

Streichen und ersetzen in Zeile 1267
„endlich mehr"; ersetzen durch „zusätzliche"

Antrag P118
Zeile 1290, S. 34
AntragstellerIn: KV Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 1290

Streichen und ersetzen in Zeile 1290
„Renovierung der"; ersetzen durch „Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionen in Strom-, Gas-, Wasser- und Abwassernetze"

Antrag P119
Zeile 1308, S. 34
AntragstellerIn: KV Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 1308

Einfügen eines weiteren Spiegelstrichs in Zeile 1308„• die Einführung des strikten Konnexitätsprinzips, um die Gemeinden vollständig von den Kosten der durch Bund oder Land übertragenen Aufgaben zu entlasten."

Antrag P120
Zeile 1313, S. 34
AntragstellerIn: KV Kaiserslautern-Stadt
Antragsgegenstand: Ergänzung in Zeile 1313

Einfügen eines weiteren Spiegelstrichs in Zeile 1313„• eine Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz, um einen Schuldenschnitt für hoch verschuldete Kommunen durchzuführen. Nur so kann die Forderung des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz, dass Kommunen ein Mindestmaß an freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben wahrnehmen können, umgesetzt werden."

Antrag P121

Zeile 1392-1400, S. 36
AntragstellerIn: Rainer Böß, Kreisverband Birkenfeld
Antragsgegenstand: Ergänzung nach Zeile 1392-1400

Im Landtagswahlprogramm ist unter dem Punkt 7) Energiewende
in den Zeilen **1392 und 1393** der Halbsatz
„ und die Vorgaben des Landesentwicklungsplans erfüllt (werden)“
zu streichen.
Im Landtagswahlprogramm sind unter dem Punkt 7) Energiewende
in den Zeilen **1393 bis 1400** die Sätze
“Unter Beachtung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger und den Erfordernissen des Natur- und Landschaftsschutzes sollen die Kommunen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung die Entscheidungshoheit über die Errichtung von Windkraftanlagen eigenverantwortlich treffen. Wo Schutzzwecke von bewaldeten Kernzonen oder schützenswerte Kulturlandschaften im Konflikt mit der Windkraftnutzung stehen, muss nach Kompromissen gesucht werden und Windparks beispielsweise entlang von Straßen- oder Bahntrassen oder gewerblich genutzten Flächen errichtet werden.”
zu streichen und durch folgende Formulierung zu ersetzen:
Unter Beachtung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger und den Erfordernissen des Natur- und Landschaftsschutzes sowie den berechtigten Forderungen der Bürgerinitiativen nach einem umsichtigen Ausbau soll die Nutzung durch Windenergie- und Photovoltaikanlagen weiter voran getrieben werden, ohne dass dies zu einer Verspargelung der Landschaft oder einer Abschaffung der Umweltschutzauflagen führen darf. Der Landesentwicklungsplan der rot-grünen Landesregierung ist dafür ungeeignet und muss mit umfassender Bürgerbeteiligung neu geschrieben werden. Die Energiewende kann nicht gegen die Bevölkerung, sondern nur gemeinsam mit den Menschen gelingen.
Natura-2000-Gebiete, Biosphärenreservate, Naturparke, Vogelzugkorridore, Wälder sowie Wasserschutzgebiete sind von Windkraftanlagen frei zu halten, d.h. Ausweisung als Ausschlussflächen für Windkraftanlagen. Unabhängige Gutachten müssen gewährleistet sein, die anerkannten Naturschutzverbände sind während der Erstellung sowie im Genehmigungsverfahren bei allen geplanten Windkraftanlagen zu beteiligen.
Ein Mindestabstand von 2000 Meter zu bewohnten Gebieten darf nicht unterschritten werden.
Begründung:
Statt den Landesentwicklungsplan und damit die Arbeit der rot-grünen Landesregierung zu loben sollte DIE LINKE auch hier konsequent sagen:
ENERGIEWENDE – DAS GEHT BESSER!
Der Landesentwicklungsentwicklungsplan LEP IV ist zum Teil kritisch zu betrachten und kann nicht einfach im Wahlprogramm der LINKEN unterstützt werden. LEP IV wurde im Kommunalwahlkampf und in den Kommunalparlamenten von mehreren Kreisverbänden der LINKEN abgelehnt. Auch Agrar-, Umweltverbände und zahlreiche Bürgerinitiativen kritisieren den LEP IV. Wenn die Planungshoheit über Windkraftanlagen auf die Kommunen verlagert wird, so die Befürchtung, entstehen statt Sicherheit im Planungsverfahren vermehrt Unsicherheiten und Rechtsstreitigkeiten durch das Programm. In der Praxis hat sich dies auch schon bestätigt. Bei kleinteiligen Lösungen (jede Kommune muss auf ihrem Gebiet Windenergieanlagen errichten um in den Genuss der Einnahmen aus Windenergie zu kommen) ist eine Verspargelung der Landschaft vorprogrammiert. Die Landesregierung räumt selbst ein, dass die angestrebte Verfünffachung der Windenergienutzung im Einzelfall zu erheblichen zusätzlichen Umweltauswirkungen führen dürfte. Bei Photovoltaik-Anlagen auf Acker-und Grünlandflächen entfällt die bisherige Verpflichtung für die Durchführung einer Raumverträglichkeitsprüfung..
Gegen die zügellose Windkraftpolitik der rot-grünen Landesregierung hat sich vielerorts Widerstand gebildet und es wurden Bürgerinitiaitven gegründet, die eine an den Interessen der Menschen und der Natur orientierte Enegiepolitik fordern. Das Bündnis Energiewende für Mensch und Natur e.V., dem aktuell 42 Bürgerinitiativen mit mehr als 9000 Mitgliedern angehören (und bei dem auch schon Oskar Lafontaine sprach) wird für die zwei geplanten Großveranstaltungen am 21.11.15 in Neustadt/Weinstraße und am 27.02.16 im Schloss Johannisberg (Rheingau) keine Politiker der LINKEN mehr einladen weil, O-Ton Bündnis-Vorsitzender Uwe Anhäuser, “die Linke aufgrund ihrer völlig indifferenten Haltung zur Windindustrie einfach unglaubwürdig ist”.

Antrag P122
Zeile 1400 und 1409, S. 36
AntragstellerIn: KV Trier-Saarburg
Antragsgegenstand: Umformulierung nach Zeile 1400 und 1409

ab Zeile **1400** bitte einsetzen:
Weiterhin halten wir den dezentralen und bürgernahen Ausbau der Solarenergie für eine wichtige Maßnahmen bei der Energiewende. Wir sind für eine umfassende Förderung von Privathaushalten, die mithilfe einer Solaranlage ihren eigenen Strom erzeugen wollen. Das würde gerade finanziell schlechter ausgestattete Haushalte unabhängig machen von der Willkür der Stromkonzerne. Weiterhin sollten öffentliche Gebäude von Land und Kommune beispielgebend sein in der Installation von Solarzellen und Solarthermien.
ab Zeile **1409** einsetzen:
Damit Energie bezahlbar bleibt und die Privathaushalte nicht der Willkür großer Energiekonzerne ausgeliefert sind, setzt sich die LINKE für eine Strompreisaufsicht ein. Unberechtigte Ausnahme- und Befreiungsregelungen für die Industrie bei Ökosteuer und Energieabgaben müssen abgeschafft werden.

Antrag P123
Zeile 1583, S. 41
AntragstellerIn: Michael Stienz, KV Vulkaneifel
Antragsgegenstand: Ergänzung Zeile 1583

Erhaltung und eventueller Erhöhung der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen nach einer Richterlichen Genehmigung und der Löschung der Aufnahme nach einer bestimmten Zeit hier von 6. Monaten zur Terror oder Anschlags Ermittlung von Straftaten. Die Kontrolle der Löschung erfolgt durch den Bundesbeauftragten (mit einer Richterlichen Bestätigung) für den Datenschutz, wo jeder Bürger das Recht auf kostenloser Einsicht hat und die Löschung rechtlich erzwingen kann.

Antrag P124
Zeile 1592, S. 41
AntragstellerIn: Barbara Seid und Janine Huber
Antragsgegenstand: Struktur des Landtagswahlprogramms

In Zeile 1592 einfügen:
Das Landesamt für Verfassungsschutz ist eine zutiefst demokratiefeindliche Behörde. Sie entzieht sich jeglicher Demokratischen Kontrolle und ist nicht bereit und in der Lage mit anderen Behörden zusammenzuarbeiten. Das Landesamt für Verfassungsschutz soll zwar von einer Parlamentarischen Kontrollkommission bestehend aus drei Mitgliedern des Landtages kontrolliert werden, jedoch sind alle Mitglieder zur Geheimhaltung der Ergebnisse der Kontrolle verpflichtet. Was soll eine solche Kontrolle bewirken? Der Verfassungsschutz in Rheinland Pfalz verhält sich wie alle Verfassungsschutzbehörden in den anderen Bundesländern und auf Bundesebene. Daher ist die Arbeit des Verfassungsschutzes nicht nur untauglich sondern gefährlich. DIE LINKE will deshalb das Landesamt für Verfassungsschutz als Geheimdienst ersatzlos abschaffen und stattdessen eine wissenschaftlich arbeitende Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie einrichten, die über keine nachrichtendienstlichen Befugnisse oder den Zugang zu nachrichtendienstlich erhobenen Informationen verfügt. Ihre Schwerpunktaufgaben sollen die Dokumentation neonazistischer und anderer gegen die Grundsätze der Verfassung gerichteter Aktivitäten in Rheinland-Pfalz sein sowie die Beratung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteurinnen und Akteure bei der Auseinandersetzung mit neonazistischen, rassistischen und antisemitischen Einstellungen und deren strukturellen und öffentlichen Erscheinungsformen. Bis zur Umsetzung dieses Vorhabens soll dem Landesamt für Verfassungsschutz und anderen Geheimdienststrukturen untersagt werden an allen Bildungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz

Veranstaltungen anzubieten. Geheimdienste haben grundsätzlich nichts in Bildungseinrichtungen zu suchen. Als erste Maßnahme fordert DIE LINKE den sofortigen Abbau von V-Leuten.

Antrag P125
Zeile 1647, S. 42
AntragstellerIn: Michael Stienz, KV Vulkaneifel
Antragsgegenstand: Streichung Zeile 1647

Die Worte vom Text entfernen ~~ein Verbot des Tragens von Schusswaffen im alltäglichen Streifendienst~~.
Ergänzung Die starke Einschränkung von Reizgas der Polizei auf Demonstrationen. Der Gebrauch von Reizgas soll nur wenn Gefahr für das Eigene Leben der Polizei gegeben ist erlaubt sein.

Antrag P126
Zeile 1647 - 1648, S. 43
AntragstellerIn: Katharina Penkert, Marco Burbach, Dave Koch, Manuel Eppers, Bettina Ress
Antragsgegenstand: Ergänzung nach Zeile 1647

- Ein Verbot des Tragens von Schusswaffen bei Demonstrationen und Großveranstaltungen.
- Ausstattung von Polizistinnen und Polizisten mit Tasern als Form der Nicht-Tödlichen Verteidigungsmöglichkeiten im Streifendienst.
- Der Grundsatz der geringstmöglichen Anwendung von Gewalt muss Einzug halten.

Begründung:
Im Streifendienst kann sich die Gefahrenlage innerhalb von Sekunden drastisch ändern. Polizeikräfte müssen in dieser Situation rasch in der Lage sein, das Leben von Zivilistinnen und Zivilisten, sowie ihr eigenes, zu schützen.
Der Einsatz von Tasern ermöglicht hier eine Form der Selbstverteidigung, die eine nicht-tödliche Alternative zum Gebrauch einer Schusswaffe darstellt. Sie macht jedoch den Angreifer handlungsfähig und wendet so die Gefahr für Leib und Leben von den zivilen Personen, sowie den Polizisten im näheren Bereich ab.
Prinzipiell muss der Grundsatz der geringstmöglichen Anwendung von Gewalt Grundsatz im Polizeidienst sein.
Wenn eine Streife jedoch zu einem Einsatzort gerufen wird, bei dem Leib und Leben bedroht sind, muss diese schnellstmöglich in der Lage sein, die Bedrohung zu stoppen um damit Menschenleben zu schützen.
Daher sehen wir ein generelles Verbot von Schusswaffen im Streifendienst weder als praktikabel noch als dienlich für die öffentliche Sicherheit an.

Antrag P127
Zeile 1653 - 1783, S. 43
AntragstellerIn: KV Trier-Saarburg, Sebastian Frech
Antragsgegenstand: Ersetzung Kapitel Flüchtlinge Zeile 1653

Kein Mensch ist illegal
Millionen Menschen weltweit befinden sich auf der Flucht. Sie müssen ihre Heimat verlassen aufgrund von Kriegen, Seuchen und Elend. Für diese Notlagen tragen oft europäische Politik, Wirtschaftsinteressen und grundlegende Verwertungsmechanismen die Verantwortung.
Nur wenige Flüchtlinge fliehen gen Europa, die meisten verbleiben in den Nachbarländern ihrer Herkunftsstaaten. Lediglich ein Bruchteil der Menschen, die ihre Wurzeln verloren haben, kommen nach Rheinland-Pfalz.
Dennoch ist der Umgang mit Flüchtlingen von Ressentiments, Bürokratie, Unwillen und Ignoranz geprägt. Es ist seit Jahren bekannt, welche Millionen von Heimatlosen über den Globus ziehen und es ist recht klar berechenbar, wie viele Menschen davon voraussichtlich nach Rheinland-Pfalz kommen und vor allem dass die Zahl der Zuflucht Suchenden ansteigt und nicht sinkt.

Trotzdem wurden vom Land zu wenige Aufnahmeeinrichtungen gebaut, in den wenigsten Kommunen steht Wohnraum für Flüchtlinge in ausreichender Zahl zur Verfügung. Die dezentrale, private Unterbringung, wird in vielen Gemeinden keineswegs deshalb praktiziert, weil die Verwaltungen so progressiv orientiert sind, sondern weil schlicht keine anderen Unterbringungen möglich sind, da jahrelanges finanzielles Ausbluten der Kommunen keinerlei eigene soziale Wohnbauprojekte mehr ermöglichen.
Auch die unzureichende Versorgung der Flüchtlinge mit Informationen über ihre Möglichkeiten in Deutschland, der schlechte bis gar nicht vorhandene Zugang zu medizinischer Grundversorgung und die insbesondere in den ländlichen Regionen kaum verwirklichbare Mobilität der Menschen, sind seit Jahren bekannte Probleme.
Die politisch Verantwortlichen haben über Jahrzehnte hinweg kaum Gedanken an die ebenso traurigen wie vorhersehbaren Entwicklungen verschwendet. So sieht politisches Versagen aus.
Das Ausspielen der Interessen der Flüchtlinge gegen die Interessen der Bevölkerungsschichten, die sich im sozialen Abstieg befinden, ist im wörtlichen Sinne brandgefährlich.
In diesem Zusammenhang kritisiert DIE LINKE das staatliche Pflichtaufgaben auf das Ehrenamt abgeschoben werden. Ohne die vielen engagierten Frauen und Männer im Ehrenamt hätte das staatliche Versagen längst zum Kollaps geführt.
Weitere Kritik übt DIE LINKE an der Art des Umgangs mit Flüchtlingen von Amtswegen. Die Tatsache, dass Abschiebungen mit Gewalt durchgesetzt werden, seit neuestem sogar ohne Ankündigung, aber auch das mit Zuckerbrot und Peitsche versucht wird, sog. Freiwillige Ausreisen zu erzwingen spricht Bände über die Haltung der Behörden gegenüber Hilfesuchenden.
DIE LINKE spricht sich klar gegen die jüngst verabschiedete massive Verschärfung des Asylrechts aus. Die Gesetzesänderung ist die schlimmste Verschärfung seit 20 Jahren und wird die bestehenden Probleme nur verschlimmern. Die Änderungen sind offenkundig verfassungswidrig und entsprechende Klagen haben unsere volle Unterstützung.
DIE LINKE. Rheinland-Pfalz fordert ein Europa ohne Grenzen. Zäune und militärische Abriegelung schaffen keine Lösungen, denn niemand wird sich durch sie von der Flucht abhalten lassen – nur die Zahl der Todesfälle wird durch sie steigen.

LINKE Forderungen

DIE LINKE fordert:

- Schnellstmögliche Unterbringung der Geflüchteten in dezentralen, menschenwürdigen Unterkünften;
- Bundesweite Aufhebung der Residenzpflicht;
- Menschen in der Nähe ihrer Freunde und Verwandten unterzubringen, muss Vorrang vor Verteilungsschlüsseln haben;
- Vollständige Kostenübernahme durch Bund und Land für die Aufnahme und Versorgung in den Kommunen;
- Kostenfreie Sprachkurse für alle Flüchtlinge, insbesondere Kinder;
- Sicherung der Mobilität auch im ländlichen Raum, um die Isolation von Geflüchteten zu verhindern;
- Handlungsleifäden und zusätzlich gut ausgebildetes Personal für Schulen und Kindergärten, um Flüchtlingskinder integrieren und fördern zu können;
- Registrierung am Tag der Ankunft und damit vom ersten Tag an Zugang zu sozialen Leistungen;
- Eine Gesundheitskarte die Zugang zur vollständigen Krankenversicherung ab dem ersten Tag in Deutschland eröffnet;
- Ausreichende Hilfs- und Beratungsangebote für traumatisierte Flüchtlinge;
- Save Rooms für traumatisierte Frauen, Kinder und Männer mit emanzipatorischen Angeboten;
- Stärkung des sozialen Wohnungsbaus;
- Verkürzung der Unterbringungszeiten in Erstaufnahmeeinrichtungen;
- Freier Zugang zum Bildungssystem, inklusive Universitäten, und Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen;
- Zur akuten Linderung der humanitären Notsituation einen grundsätzlichen Winterabschiebestopp;
- Ausreichenden Einsatz von Dolmetschern für Geflüchtete, um ihnen Zugang zu Gesundheitsversorgung und Ämtern zu ermöglichen;
- Geflüchtete dürfen nicht als billige Arbeitskraft missbraucht werden. Eine Ausnahme vom Mindestlohn darf es nicht geben;
- Beendigung der zynischen Deklarierung diverser Staaten als „sichere Herkunftsländer“;

- Rheinland-Pfalz muss eine Bundesratsinitiative anführen, um die Asylrechtsverschärfung rückgängig zu machen

Zusätzlich müssen die besonders gefährdeten Flüchtlingsgruppen, namentlich die Kinder und Frauen gesonderten Schutz durch eigene Anlaufstellen, Seelsorge und Unterbringung erhalten.
Viele Frauen leiden durch Kriege und Krisen an posttraumatischen Störungen und sind als Mütter durch die Versorgung ihrer Kinder doppelt belastet.

Antrag P128
Zeile 1654ff, S. 43
AntragstellerIn: Michael Stienz, KV Vulkaneifel
Antragsgegenstand: Umformulierungen Kapitel Flüchtlinge Zeile 1654ff

Z: **1654** Faire Asylpolitik mit dem gesetzlichen Auftrag der Überwachung von möglichen Terroristen und schläfern. Mit gleichzeitiger Überprüfung der einzelnen Vermögen der Antragsteller im Ausland. Eventuelle Auszahlung von Sozialleistungen nur unter Vorbehalt Gewehren
Z: **1739** Kritische Beobachtung und Aufklärung Terroristen unter den Flüchtlingen
Z: **1716** Bei behalten der Residenzpflicht mit der rechtlichen Überprüfung für besonderen Familiaren härte-Fälle. Nachweis der Familienangehörigkeit durch eine DNA Probe.
Z: **1738** Alle Europäischen Statten müssen eine gemeinsame Asyl-Politik mit möglich gleichen Standards aufweisen, keine Ausnahme Reglungen diesbezüglich. (wie für England)
Z: **1740** Die Kulturelle und wirtschaftliche Überforderung von einzelnen Europäischen Statten muss swingend bei der Aufnahme von Asylanten berücksichtigt werden. Eine kontrollierte, nachweisliche Erkennungspflichtige muss bei der Einreise sichergestellt werden. Jede Person die Europa betritt egal aus welchen Grund muss sich ausweisen können. Die Europäischen Grenzen müssen durch illegale Übertritte, gesichert sein.
Z: **1741** Die Erhaltung der Christlichen, jüdischen europäischen Kultur muss gewahrt bleiben. Und darf nicht durch die über Islamisierung unseres Landes, zerstört werden.

Antrag P129
Zeile 1734, S. 45
AntragstellerIn: Ingrid Wiegel
Antragsgegenstand: Ersetzung in Zeile 1734

Ergänzung ungefähr bei Zeile 1734:
Hilfe und Asyl nicht nur für die Fittesten! Frauen, Kinder, Alte und Kranke (in Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten, sowie in den riesigen Flüchtlingslagern am Rande von Syrien, aber auch in den rheinland-pfälzischen Flüchtlingsunterkünften) stellen jeweils eine besonders schutzbedürftige Gruppe dar. Frauen sind unter den Flüchtlingen stark unterrepräsentiert. Wenn Frauen unser Land doch erreichen, befinden sie sich oft in großer Abhängigkeit zu ihren männlichen Familienmitgliedern und/oder in großer Verantwortung für ihre Kinder. Die bestehende Benachteiligung von Frauen, Kranken, Kindern und Alten gilt es so gut wie möglich auszugleichen.
Die LINKE fordert deswegen spezielle, nur den Frauen vorbehaltene Sprachkurse und eine eigenständige Unterstützung bei der gesellschaftlichen Eingliederung, sowie der Wohnungs- und Arbeitssuche. Frauen sollte geholfen werden, auch ohne gefährliche Flucht, also bereits in den Flüchtlingslagern am Rande von Syrien, eigenständige Asylanträge an unser Land zu stellen.
Die Familienzusammenführung sollte generell hohe Priorität in Rheinland-Pfalz bekommen, einerseits um auf diesem Weg Frauen, Kranken, Kindern und Alten in den Kriegsgebieten und in den großen Flüchtlingslagern zu helfen, andererseits fördert der Familiennachzug eine gelungene Eingliederung der vielen jungen, allein bei uns ankommenden Männer.
Die LINKE fordert weiter eine Art Luftbrücke für von schwerer Krankheit Betroffene, denen nur in unseren Krankenhäusern geholfen werden kann.

Antrag P130
Zeile 1809, S. 46
AntragstellerIn: Sarah Schwarzrock, Rene Schneider, Tupac Orellana
Antragsgegenstand: Änderungen in Zeile 1809

Zeile 1809
Wir fordern deshalb erneut den Abzug und die Vernichtung der in Büchel in der Eifel stationierten atomaren Massenmordsysteme, die unser Leben und die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder und so vieler anderer Menschen bedrohen.
wird geändert in
Wir fordern deshalb erneut den Abzug und die Vernichtung der in Büchel in der Eifel stationierten atomare Massenvernichtungswaffen, die unser Leben und die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder und so vieler anderer Menschen bedrohen.

Antrag P131
Zeile 1820, S. 47
AntragstellerIn: Rainer Böß, Kreisverband Birkenfeld
Antragsgegenstand: Ergänzung nach Zeile 1820

Im Landtagswahlprogramm ist unter dem Punkt **10. Frieden und Europa**
zwischen den Zeilen 1820 und 1822 einzufügen:
Die LINKE im Landtag wird von der Landesregierung fordern, dass sie sich dafür einsetzt, den als BOMBODROM genutzten Truppenübungsplatz Baumholder, über dem Luft-Boden-Übungen stattfinden, die im südlichen Rheinland-Pfalz und im angrenzenden Saarland in den zum An-und Abflug genutzten Flugkorridoren zu unerträglichem Fluglärm und weiteren gesundheitlichen Gefährdungen beitragen, stillzulegen.
Als Sofortmaßnahme wird sich DIE LINKE im Landtag dafür einsetzen, dass die Landesregierung alle ihre Möglichkeiten nutzt um die Flugübungen und den damit verbundenen Fluglärm deutlich zu reduzieren.
Die Konversion militärischer Standorte schafft nach allen vorliegenden Erkenntnissen nachhaltigere und zukunftsfähigere Arbeitsplätze als es das Militär jemals getan hat. Die Umwandlung des ehemaligen Militärhospitales in Neubrücke (in den 70er und 80er Jahren das größte außerhalb der USA) in den Umwelt-Campus Birkenfeld (mit etwa 2700 Studierenden, 237 Beschäftigten und 55 Professoren) darf zu Recht als eines der erfolgreichsten Konversionsprojekte in der Bundesrepublik angesehen werden.

Antrag P132
Zeile 1871, S. 47
AntragstellerIn: Michael Stienz, KV Vulkaneifel
Antragsgegenstand: Änderung Zeile 1871

Abänderung der Europäischen Nationalbank-Regeln, so dass jedes Land mehr Einfluss auf die Fiskalische Poetik hat. Eine Entscheidung der Europäischen Nationalbank kann nur einstimmig und unter Berücksichtigung der einzelnen Nationaltäten erfolgen. Schaffung einer Schlichtungsstelle für die Fiskalpoetik, die sich aus Interessenverbände, Gewerkschaften, Bürger Bewegungen und Sozial Verbände sich zusammensetzen. Der einzelne Bürger soll das Recht auf Anhörung und Eingaberecht erhalten.

Antrag P133
Zeile 1885, S. 48
AntragstellerIn: Rainer Böß, Kreisverband Birkenfeld
Antragsgegenstand: Ergänzung nach Zeile 1885

Die Zeile 1885 "die Konversion der Airbase Ramstein" ist zu ergänzen und soll nun lauten:
die Konversion der Airbase Ramstein und des Truppenübungsplatzes Baumholder
Begründung:
Die Region ist als Drehscheibe der NATO für Kriegseinsätze mit militärischen Liegenschaften, Kasernen, Truppenübungsplatz, Schieß- und Fluglärm extrem belastet und an einer nachhaltigen Entwicklung behindert. Der Truppenübungsplatz Baumholder wird sowohl von der deutschen Luftwaffe als auch von mehreren NATO-Staaten für Luft-Boden-Übungen benutzt. Das ist für die Bevölkerung zum einen mit einer hohen Lärmbelastung verbunden, zum anderen werden die Menschen durch die permanente Radarbestrahlung (Luft- und Bodenradar) und des als krebserregend angesehenen Treibstoffes der Militär-Jets einer hohen Gesundheitsgefährdung ausgesetzt.
Die Belastung durch Fluglärm ist in Deutschland sehr unterschiedlich.
Dabei wird die TRA Lauter, zu der auch der Truppenübungsplatz Baumholder gehört, weit überdurchschnittlich belastet.

Antrag P134
Zeile 1914ff
AntragstellerIn: Simon Bludovsky und andere, Forum demokratischer Sozialismus RLP
Antragsgegenstand: Streichung Nachwort

Die Zeilen 1914ff werden ersatzlos gestrichen.
Begründung:
In den Zeilen 1 bis 1913 haben wir LINKE zur Genüge unser Bild des demokratischen Sozialismus gezeichnet und mit politischen Angeboten umrissen.
Den demokratischen Sozialismus im Land herbei-beschließen zu wollen ist unserer Meinung nach weder sinnvoll noch möglich – dieser muss durch uns innerhalb der Partei, im Umgang miteinander, natürlich auch auf der Straße und ab 13.3.2016 im Landtag GELEBT werden!

Antrag P135
Zeile 1956, S. 50
AntragstellerIn: Michael Stienz, Vulkaneifel
Antragsgegenstand: Streichung in Zeilen 1956

Die Diätenbezüge von Landtagsabgeordneten und die Bezüge der Landräte/inen sollen nicht nach Ablauf der zwei Jahresfrist sich automatisch der heutigen gesetzlichen Vorgabe und der Zustimmung der Kreisverwaltung Versammlung erhöhen. Die Erhöhung soll an die Renten -erhöhung die jährlich durch das Bundeskabinett beschlossen wird, sich automatisch anpassen.
Bei einer Null Runde erhöhen sich auch nicht die Diäten der Landtagsabgeordneten/innen oder die Bezüge der Landräte/innen.

Antrag P136
AntragstellerIn: Simon Bludovsky und andere, Forum demokratischer Sozialismus RLP
Antragsgegenstand: Struktur des Landtagswahlprogramms

Jedem Kapitel wurde ein „Forderungskatalog“ der LINKEN RLP angestellt. Hier beantragen wir die die Forderungen auf konkrete Ziele und Maßnahmen einzudampfen und die maximale Anzahl auf 10 Forderungen pro Kapitel zu begrenzen.
Die Änderungen werden außerhalb der Antragsfrist vom Landesvorstand oder einem Gremium erarbeitet und dem Landesparteitag zur Abstimmung vorgelegt.
Begründung:
Die Forderungen, welche in Textform bereits aufgestellt worden sind, nochmals in Gänze oder abgewandelter Form im Anschluss zu wiederholen führt zu einer Doppelung, welche der geneigten Leserin nicht entgegen kommt. DIE LINKE muss ihre Forderungen konkret und in aller Kürze auf den Punkt bringen, um die Menschen zu erreichen. Hierfür ist unserer Auffassung nach der „Forderungskatalog“ sinnvoll und

notwendig – jedoch nur, wenn dieser auch ein greifbares Politikangebot enthält und dies nicht lediglich die Wiederholung des Fließtextes ist.

Antrag P137
AntragstellerIn: Simon Bludovsky und andere, Forum demokratischer Sozialismus RLP
Antragsgegenstand: Struktur des Landtagswahlprogramms

Antragsgegenstand: Kapitelüberschriften des Landtagswahlprogramms
Die Kapitel bekommen Abseits der thematischen Inhalte eine Überschrift, welche erfassbar macht, was sich DIE LINKE bspw. bei Energiewende grundlegend vorstellt. Dies könnte wie folgt aussehen:
1) Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente
Arbeit und Renten
2) Armut bekämpfen – gesellschaftliche Teilhabe und Vielfalt sichern
Soziales und Gesundheit, Medien und Kultur
3) Gemeinsam Lernen – gemeinsam Leben
Bildung, KiTa und Familie
4)
Wohnen, Bus und Bahn, Verkehr
5) Ökologisch, attraktiv und regional – typisch Rheinland-Pfalz
Ökologie, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Weinbau
6)
Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung
7) Unsere Energiepolitik: Dezentral und Regenerativ
Energiewende in Rheinland-Pfalz
8) Transparente und demokratische Strukturen für die Bürgerinnen und Bürger
Demokratie und Teilhabe, Recht und Justiz
9) Für ein buntes und offenes Rheinland-Pfalz
Integration und Flüchtlinge
10) Friedlich – Hier und überall
Frieden und Europa
Die Änderungen werden außerhalb der Antragsfrist vom Landesvorstand oder einem Gremium erarbeitet und dem Landesparteitag zur Abstimmung vorgelegt.
Begründung:
Auch hier ist die Wirksamkeit des Wahlprogramms und unserer Forderungen Grundlage des Gedankens. Wir wissen zwar, dass Wahlprogramme keine Massenverteilware im Wahlkampf sind und auch nicht flächendeckend zur Kenntnis genommen werden; wir glauben jedoch, dass greifbare Überschriften mit politischen Forderungen und „Zielrichtungen“ mehr zum Lesen animieren und auch der Partei an sich besser zu Gesicht stehen würden als die Absteckung von „Bereichen“.

Antrag P138
AntragstellerIn: KV Mainz
Antragsgegenstand: Ergänzung

Die Linke RLP fordert die Erhaltung und Steigerung der Lebensqualität der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger. Hierzu gehört auch die Erhaltung von Gesundheit und Sicherheit gegen Lärmemissionen, die stets Vorrang vor dem Flugverkehr haben muss. Dementsprechend müssen für alle die TA-Luft und TA-Lärm-Richtlinien eingehalten werden und zwar ohne Ausnahme. Hierbei erleidet vor allem der rheinhessische Raum durch den Frankfurter Flughafen eine erhebliche Beeinträchtigung des Umfeldes und weitere Gefährdungen sind durch den Ausbau des Frankfurter Flughafens absehbar. Profit von wenigen kann nicht auf Kosten der Gesundheit vieler gehen.
Deswegen fordert die Linke:

1)Lärm und Luftbelästigung durch Flugverkehr drastisch senken
2)Nachtflugverbot aller Flüge von 22-6 Uhr
3)Sonn und Feiertage müssen vor Fluglärm besonders geschützt werden
4)Schienentransport statt Kurzstrecken: Anzahl der Flüge deutlich verringern
5)Steuerprivilegien des Flugzeugverkehrs abschaffen
6) Frankfurt: Schließung der Nord-Weste-Landebahn und Stopp jeglichen weiteren Ausbaus des Flughafens